

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 7. Januar 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der soziale Krieg im Ruhrrevier.

Aus Dortmund meldet uns ein Privattelegramm: Ueberall verschärfen sich die Konflikte, weil die Vertreter der Arbeiter von den Verwaltungen brüskl zurückgewiesen werden. So ist die Kommission auf Zeche „Herkules“ in Essen abgelehnt worden. Die Direktion ließ durch einen Unterbeamten erklären, sie habe nichts zu verhandeln, es bleibe bei ihrer Anordnung über die Maßregelung des Knappschäftsältesten Wagner.

Auf Zeche „Westende“ war die Kommission gestern Abend vorstellig, um zu hören, ob nun auf Schichtverlängerung verzichtet werde. Auch hier erwiderte die Direktion, sie erkenne die Arbeiterdeputation nicht als Vertretung an, sie wolle aber doch mitteilen, daß alle Wünsche der Arbeiter abgelehnt seien und daß die Schichtverlängerung in einigen Wochen in Kraft treten werde.

Die Belegschaftsversammlung der Zeche „Druschstraße“ heute Morgen war außerordentlich stark besucht. Es herrschte eine sehr starke Erregung und Stimmung für sofortige Arbeitseinstellung. Dem widersprachen die Führer, welche darauf hinariefen, es sei notwendig, die Verhandlung vor dem Oberbergamt abzuwarten. Brusemann erklärte, die Bekanntmachung der Verwaltung von „Druschstraße“ wolle den Anschein erwecken, als ob es sich tatsächlich nicht um eine Schichtverlängerung handele, es sei aber Schichtverlängerung. Das Vorgehen des Herrn Stinnes sei ein Aktentat auf die Achtstundenschicht. In gleichem Sinne sprach der Vorsitzende Sachse, welcher bemerkte, daß nach allem Vorgegangenen kaum noch bezweifelt werden könne, daß die Verwaltung den Kampf wolle. Tresslow, der Vorsitzende der polnischen Organisation, gab ebenfalls noch eine Solidaritätserklärung für seine Landsleute ab und führte aus, daß nach ihm gewordenen vertrauenswürdigsten Mitteilungen in Mülheim a. d. Ruhr, dort wo Herr Stinnes wohnt und residiert, bereits das Militär bereit stehe, sofort in das Streikgebiet einzumarschieren, wenn es zum Kampf komme. Weiter ist gemeldet worden, daß bereits Anordnungen getroffen sind, durch welche sämtliche verfügbaren Polizeimannschaften aus den umliegenden Orten und Städten nach den Streikorten dirigiert werden sollen, sobald der Kampf beginne.

Ein italienischer Redner in der Versammlung gab eine Solidaritätserklärung für seine Landsleute ab, von denen circa 200 auf Zeche „Druschstraße“ arbeiten. Schließlich gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 6. Januar vormittags tagende Belegschaft der Mittagschicht der Zeche „Druschstraße“ protestiert nochmals nicht nur gegen das Festhalten der Zecheverwaltung an der veränderten Seilschicht, sondern auch gegen das Verhalten des Bergverwalters Schnepfer, der das Komitee durch Wiederbestellung und Hinziehen der Gerände verhöhnte. Die Versammlung protestiert auch gegen das Vorgehen der Kohlen den Belegschaftsmitgliedern gegenüber, sie betrachten dies als Provokation. Die Versammlung erwartet von der Verhandlung, die heute im Oberbergamt stattfindet, die Zurücknahme des Anschlages, denn die Belegschaft wird die geplante Seilschicht nicht anerkennen, mag es biegen oder brechen. Wir wollen den Frieden, aber unter keinen Umständen Schichtverlängerung.“

Um 4 Uhr begab sich die Kommission in Begleitung des Vorsitzenden Sachse und des zweiten Vorsitzenden Brusemann zum Oberbergamt nach Dortmund. Die Kommission wurde sehr enttäuscht, denn dort erklärte das Oberbergamt, eine Vermittelung nicht übernehmen zu können; es verweist die ganze Angelegenheit an eine zu bildende Einigungskommission. Die Einigungskommission soll über die verschiedenen Punkte beraten und Beschluß fassen.

Wie die Kommission zusammengesetzt sein soll, ist bisher noch nicht recht klar geworden. Auf jeden Fall bedeutet diese „Eileidigung“ ein Hinschleppen der Angelegenheit, worauf die Bergarbeiter wohl nicht eingehen werden. Sie werden die Kommission wohl beauftragen, das Einigungsgamt anzuerkennen und in Vergleichsverhandlungen einzutreten, aber ohne Zweifel wird man sich in den zu unternehmenden Aktionen nicht dadurch beeinflussen lassen.

Das bedeutet nicht mehr oder weniger, als daß morgen früh höchst wahrscheinlich der Betrieb auf Zeche „Druschstraße“ ruht.

Heute Abend findet noch eine Belegschaftsversammlung von „Druschstraße“ statt, in der ebenso wie in den morgen stattfindenden Versammlungen endgültige Beschlüsse gefaßt werden. Nach der augenblicklichen Stimmung ist aber anzunehmen, daß selbst, wenn die Versammlung beschließt, noch einige Tage die Verhandlungen der Kommission abzuwarten, die größere Zahl der Belegschaftsmitglieder nicht mehr warten, sondern sofort in den Streik eintreten. Der Unwille über das Vorgehen der Verwaltung von „Druschstraße“ ist ungeheuer groß.

Des Weiteren wird uns geschrieben:

Gerade heute sind zehn Jahre verflossen, seit dem Tage, wo in Waukau bei Ferne jene zu historischer Bedeutung gelangte Versammlung stattfand, die den Ausgang bildete für den weltbekannt gewordenen Essener Meinelssprock. Das Scharfmachertum und alle von ihm abhängigen und mit ihm verbundenen Kräfte glaubten damals wohl, jener Prozeß werde die Bergarbeiter zu Boden schlagen. Manche der mitwirkenden Akteure ließen sich auch wohl — wenn auch unbewußt dieser Wünsche — von solchem Willen leiten. Die Arbeiterschaft der Führer beraubt, das müßte den Zusammenhang bewirken — wer wollte daran zweifeln? Und doch hat man sich geirrt! Man kennt eben das Wesen der Arbeiterbewegung nicht. Einzelne Personen können die Bewegung stark beeinflussen, aber abhängig ist sie von Führern nicht, sie marschiert vorwärts trotz aller Gewalt.

Seute, am Tage der zehnjährigen Wiederkehr der Versammlung, hält der Hauptbeteiligte in jenem Drama, Ludwig Schröder, just in demselben Lokale eine Bergarbeiter-Versammlung ab und heute steht die Bergarbeiterschaft besser und umfassender organisiert auf der Wacht, denn je. Diesen Wandel der Dinge haben sich die „Verächter“ der Arbeiterschaft damals sicher nicht träumen lassen.

Und heute fällt die so folgenschwere Entscheidung über die Frage, ob das Ruhrrevier der Schauplatz des gewaltigsten wirtschaftlichen Kampfes werden wird. Es könnte ja möglich sein, die Bewegung zu lokalisieren; das ist aber bei der allerorts hochgehenden Erregung sehr zweifelhaft.

Wird der Streik allgemein, dann werden in kurzer Zeit über 200 000 Mann in den Ausstand eingetreten sein. Ein sozialer Krieg, wie ihn Europa noch nicht gesehen hat.

Es gibt wohl in jedem Verufe besondere Gewohnheitsrechte, auf die die betreffenden Beteiligten ein sehr großes Gewicht legen. Das ist im Bergbau der Fall hinsichtlich der Lieferung von Deputatkohlen. Allerdings, die frühere Bedeutung hat diese Einrichtung nicht mehr, denn früher wurden dem Bergmann die Kohlen für Hausbrand vollständig kostenfrei geliefert, jetzt muß er dafür jedoch den halben Marktpreis zahlen. In der Regel hat jeder Bergmann das Recht, im Monat einen Wagen (zehn Zentner) Kohlen zu fordern.

Wahrscheinlich um auf die Leute einen Druck auszuüben, läßt man nun in der Lieferung der Deputatkohlen eine auffällige Stockung eintreten. Jeden Tag erhält nur eine geringe Anzahl Belegschaftsmitglieder einen Kohlenschein, so daß die Lieferung sich über den ganzen Monat erstreckt. Man rechnet wohl darauf, daß die Leute sich nicht eingerichtet haben und daher, wollen sie nicht auf Kohlen verzichten, weiterarbeiten müssen. Mindestens hofft man auf diese Weise einige Arbeitswillige zu locken.

Es scheint System in der Sache zu liegen, denn auch von anderen Zechen wird über Nichterabfolgung von Kohlenscheinen geklagt. Aber gerade diese Maßnahme ist geeignet, den Streik sofort allgemein zu machen. Es gilt bei dem alten Bergmann als ganz selbstverständlich, daß er keine Kohlen schafft, wenn er selbst keine bekommt.

Bei der allgemeinen Empörung, die durch die skandalöse Verhandlung der Kommission seitens der Verwaltung der Zeche „Druschstraße“ hervorgerufen wurde, war es nicht leicht, den Verhandlungsweg innezuhalten. Es gelang aber doch und nun können die Arbeiter vor die Öffentlichkeit, vor das deutsche, vor das Proletariat der Welt treten und sagen: Wir haben geduldet und gelitten bis zur Menschennüchtheit. Wir haben uns gebemüht, haben gewartet und gebeten, in der Hoffnung auf friedliche Beilegung des Konflikts. Alles war vergebens! Nicht durch unsere, nein durch die Schuld des brutalen, rücksichtslosen Kapitals ist der Krieg unvermeidlich geworden.

Die Folgen des Kampfes hat die Regierung und das Unternehmertum zu tragen. —

So dürfen die Arbeiter sprechen, die es ihrer Menschenwürde, ihrer wirtschaftlichen Existenz, dem Wohl und Wehe ihrer Angehörigen schuldig waren, nachdem alle Versuche, geringes Entgegenkommen zu finden, sich als vergeblich erwiesen, in hartem, bitterem Kampfe ihre bedrohten Interessen zu verteidigen.

Die Zahl

der gefangen genommenen Russen.

Tokio, 5. Januar. (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) In dem kaiserlichen Hauptquartier ist folgender Bericht des Generals Rogi eingegangen: Die Uebergabe der in Artikel 2 des Kapitulationsabkommens aufgeführten Gegenstände hat am 4. d. M. stattgefunden, die Uebergabe der Forts und Batterien ist beendet. Die Gefangenen werden sich am 5. an dem hierzu bestimmten Plage versammeln, doch sind die Feststellungen über die Gefangenen so verwickelt, daß ein Ergebnis noch nicht gemeldet werden kann. Nach summarischen Angaben sind Gefangene: 8 Generale, 4 Admirale, 57 Obersten und Majore, 100 Schiffskapitäne bzw. Kommandanten, 531 Hauptleute und Leutnants des Landheeres, 200 Schiffleutnants und Marinebeamte, 99 Heeresbeamte, 109 Stabsärzte, 20 Kapläne, 22 434 Unteroffiziere und Gemeine des Landheeres, 4500 Marinemannschaften, 3645 Nichtkombattanten des Landheeres und 500 solche von der Marine, insgesamt 32 207 Personen. Die Freiwilligen sind der Mehrzahl nach bei den Nichtkombattanten mit eingeschlossen. Außerdem befinden sich 15 000 oder 16 000 Kranke und Verwundete in den Hospitälern. An Pferden sind 100 Sattelpferde und 1870 Zugpferde übergeben worden.

Die hier angegebenen Zahlen werden als ungenau bezeichnet. Wenn sie der Wahrheit aber auch nur annähernd entsprechen sollten, so müßte die russische Besatzung Port Arthurs weitaus stärker gewesen sein, als man bisher annahm, wären doch nach den Nachrichten Rogis nicht weniger als 48 000 Russen gefangen genommen worden. Da 11 000 Russen in den Kämpfen gefallen sind, hat also die Zahl der russischen Verteidiger circa 59 000 oder nach Abzug der Nichtkombattanten wenigstens 45 000 Mann betragen. Selbst im Augenblick der Uebergabe der Festung müßten die Russen dann noch viel stärker gewesen sein, als die Nachrichten Stöffels behaupteten, der noch von 10 000 Unverwundeten sprach, während nach den Nachrichten Rogis die Zahl der Unverwundeten mehr als 25 000 betragen hat. Auch die Behauptung, daß es in Port Arthur vollständig an Fleisch gemangelt

habe, ist unzutreffend, da ja noch circa 2000 Pferde vorhanden waren. Die ausschlaggebende Ursache der Kapitulation könnte also nur darin gefunden werden, daß es den Russen vollständig an Munition gemangelt hat. Aber selbst in diesem Falle erschienen die bisherigen rühmlichen Versicherungen Stöffels, daß er bis zum letzten Mann aushalten werde, in einem wesentlich anderen Lichte!

Seltene strategische Ansichten

gibt Graf Reventlow, der Marinefachverständige des „Berliner Tageblattes“, in diesem Blatte kund. Er erklärt, daß diejenigen Blätter sich irren, die da behaupteten, daß durch den Fall Port Arthurs die Situation für das baltische Geschwader aussichtslos geworden wäre als bisher. Es sei nicht richtig, wenn man Port Arthur für den einzigen in möglichen Flottenstützpunkt der baltischen Flotte bezeichnet hätte, denn der Festung hätte die baltische Flotte sowieso keinen Entschluß bringen können. Auch sei eine Vereinigung des baltischen Geschwaders mit den in Port Arthur eingeschlossenen Schiffen bedeutungslos gewesen, da die Port Arthur-Flotte bereits schon lange nicht mehr aktionsfähig gewesen sei. Diese letztere Behauptung wäre erst zu beweisen! Gemäß hatten die Schiffe der Port Arthur-Flotte, die sich nach der bekannten Seeschlacht mit der Flotte Logos nach Port Arthur zurückziehen mußten, Beschädigungen erlitten. Aber schon früher hatten ebenfalls die Schiffe in Port Arthur ähnliche Beschädigungen erhalten, ohne dadurch auf die Dauer gefechtsunfähig gemacht zu werden. Es war also gar nicht ausgeschlossen, daß diese Schiffe auch jetzt wieder ausgebessert worden wären. Aktionsunfähig sind sie erst gemacht worden, nachdem die Japaner den 203 Meter-Hügel erobert und von da aus das Feuer schwerer Geschütze auf die Schiffe konzentriert hatten. Wenn es also der baltischen Flotte möglich gewesen wäre, bereits vor sechs Wochen nach Port Arthur durchzubrechen, so wäre dadurch die Lage Port Arthurs entschieden gebessert worden. Ein Teil der Schiffsmannschaften hätte zur Verteidigung der russischen Festungswerke verwendet werden können, so daß es zweifelhaft gewesen wäre, ob die Japaner unter diesen Umständen bereits den 203 Meter-Hügel genommen haben würden. Wenn also auch die Festung von ihren Belagern nicht befreit worden wäre, so hätte sie sich doch wahrscheinlich länger halten können. Es wäre also nicht möglich gewesen, wie das jetzt geschieht, einen Teil der Belagerungsgruppen zur Armee Opamas stoßen zu lassen. Ferner wäre die Flotte des Admirals Logo durch einen immerhin starken Gegner auf nicht absehbare Zeit hinaus bedroht gewesen.

Graf Reventlow meint, die baltische Flotte würde ohnehin nicht Port Arthur als Stützpunkt benutzen haben, sondern gleich der japanischen Flotte irgend eine Inselgruppe, etwa die Elliot-Inseln, oder die Miautau-Gruppe. Die jetzige Lage zeige also, wenn man sie von rein maritimer Seite aufsehe, kein wesentlich anderes Bild. Auch diese Auffassung ist sehr seltene. Der Wert Port Arthurs als Flottenstützpunkt lag doch gerade darin, daß die russischen Schiffe unter dem Schutze der unnahbaren Küstenbatterien vor allen feindlichen Angriffen, namentlich auch denen der Torpedoboote, geschützt waren, während sie außerhalb des Hafens den Angriffen der zahlreichen japanischen Torpedoflotten in der gefährlichsten Weise ausgesetzt waren. Ein solcher Stützpunkt könnte also nur dann für die baltische Flotte in Frage kommen, wenn es ihr zuvor gelungen wäre, nicht nur die japanischen Schiffschiffe sondern auch die japanische Torpedoflotte zu vernichten, eine Annahme, die außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. Das scheint schließlich auch Graf Reventlow bis zu einem gewissen Grade einzusehen, spricht er doch zum Schluß seines Artikels davon, daß es für die Russen jetzt darauf ankommen müsse, Wladiwostok als Flottenstützpunkt zu erreichen. Wladiwostok aber dürfte bereits bereit sein, und die Eisbarriere dürfte mindestens bis Ende April andauern, so daß also für zirka vier Monate jeder Vorstoß der baltischen Flotte ausgeschlossen wäre. Man sieht also, daß sich die Situation, auch von der „rein maritimen Seite“ aus betrachtet, durch den Fall Port Arthurs für die Russen ganz außerordentlich verschlechtert hat. Graf Reventlow meint, die Vernichtung der japanischen Seeherrschaft durch die baltische Flotte sei nur dann möglich, wenn diese „offensiven Geist in höchster Rücksichtslosigkeit“ entfalte. Ob die Russen diesen Geist besitzen werden, bleibt abzuwarten. Aber auch dann, wenn sie alles auf eine Karte setzen, ist es höchst fraglich, ob ihr Angriff nicht an der Wachsamkeit der japanischen Flotte gründlich scheitern wird. Jedenfalls können sich die Japaner für mindestens ein Vierteljahr ausruhen und auf den Empfang der baltischen Flotte rüsten.

Fortsetzung des Krieges!

London, 6. Januar. (Bureau Poffan.) Unter Vorbehalt des Jaren fand gestern nachmittag, wie „Standard“ meldet, in Petersburg ein Ministerrat statt, in welchem beschloffen wurde, den Krieg mit erneuter Energie fortzusetzen, Europa für Ende Februar 200 000 Mann Verstärkungen zu schicken, die Leistungsfähigkeit der Transsibirischen Bahn durch Einführung einer neuen Wagenart zu erhöhen und das Geschwader des Admirals Roschidschenski zurückzubekommen. Der Zar und seine Berater waren einstimmig der Meinung, daß jede Aregung zum Friedensschluß unvereinbar mit der Würde des Landes sei.

Die Inflations-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 26 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 6 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Friedenszart will also weiteres unnützes Blut vergießen.

Dass dieses Blutvergießen unnützlich und frevelhaft wäre, äußert sogar ein Teil der russischen Presse!

So schreibt die „Mowost“:

„Wie wiederholen es, der tragische Ausgang der Belagerung wurde schon längst von vielen vorausgesehen, und schon längst warf sich die Frage auf: muß man die weitere Vertilgung des Häufchens von Leuten zulassen, die von der ganzen Welt abgegrenzt und vom Schicksal den Schüssen des Feindes preisgegeben sind, der alle Vorteile der günstigen Positionen, der bequemen Zufuhr von Proviant und Verstärkungen ungenießt? War es endlich notwendig, den Japanern die Möglichkeit zu geben, in ihrer Geschichte die Tatsache der Eroberung der Festung und der von den heldenmütigen Verteidigern ausgehenden Uebergabe zu verewigen? Wäre es nicht besser gewesen, von hier aus den Verteidigern vorzuschreiben, sie sollten die Flotte zum offenen Kampf gegen den Feind, wenn auch mit dem Risiko vollständig zugrunde zu gehen, aussenden oder sie vollkommen unbrauchbar machen und nach Vernichtung alles Vernichtbaren in der Festung die Ueberreste dem Feinde übergeben? ...“

Jetzt aber wiederholen wir unwillkürlich: Gott, wieviel unnützes vergossenes Blut, wieviel unnütze Opfer! ...“

Die „Matschi Dni“ geben in Veranlassung des Ereignisses ihrer Friedenssehnsucht Ausdruck und schließen mit den Worten:

„Auhm und Ehre sei den tapferen Männern von Port Arthur, aber möge es Frieden werden!“

Das Flaggschiff Roschdjestwenskys gesunken?

Gestern wurde über New York und heute über London gemeldet, daß das Flaggschiff Roschdjestwenskys auf einen Felsen aufgelaufen und gesunken sei. Die „Russische Telegraphen-Agentur“ dementiert diese Meldung. Angesichts der Tatsache, daß nach Telegrammen aus Mukden die mandchurische Hauptarmee bis heute, den 6. Januar, noch keine Silbe vom Falle Port Arthurs erfahren hat, kann dem russischen Dementi an sich nicht die geringste Bedeutung beigegeben werden!

Peking, 6. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der russische Gesandte hat bei der chinesischen Regierung energigsten Protest eingelegt gegen die Teilnahme eines chinesischen Truppenteils in einer Stärke von 300 Mann an dem Gefechte beim Taitinpaß auf Seiten der Japaner, sowie gegen die Benutzung der Kiaotau-Inseln durch die Japaner als Stützpunkt. In dem Protest wird ausgeführt, die Japaner hätten die chinesische Bevölkerung genötigt, die Inseln zu verlassen, jede Annäherung an die Inseln verboten und alle sich nähernden Schiffe in den neutralen litoralen Gewässern durchsucht.

Die Russen haben sich im Verlaufe des Krieges so viele Völkerrechtsbrüche zuschulden kommen lassen, daß China seinen Protest, der zudem ganz unbegründet zu sein scheint, mit Gleichmut zur Seite legt wird.

Französische Urteile über den Fall von Port Arthur.

Paris, 4. Januar. (Fig. Ver.) Die Kapitulation von Port Arthur hat auch in Frankreich niemand überrascht. In den ernsteren politischen Kreisen auch gut bürgerlicher und folglich russophiler Gesinnung ist man übrigens schon seit längerer Zeit im Glauben an die Sieghaftigkeit der russischen Waffen überhaupt wankend geworden. Und diese pessimistische Stimmung wurde je weiter desto weniger verhehlt. Der letzte Schlag für das Prestige des Zarenreiches hat aber mit der Macht einer vollendeten und unumkehrbaren Tatsache auf die Gemüter eingewirkt. Wenn die Pariser Börse aus dem im voraus diskontierte Ereignis nicht reagiert hat, wenn die russischen Papiere fest blieben dank der wohlweislich eingreifenden Aktion der besten Käufer, so hat sich die Börse der öffentlichen Meinung desto empfindlicher gezeigt. Die „moralischen“ Gasse-Manöver nationalistischer Zeitungen, wie das „Echo de Paris“, das den Petersburger offiziellen Chauvinisten vielleicht noch über ist, sind da kläglich geblieben.

Wie tief das Prestige der russischen Waffen gesunken ist, sieht man aus deutlichste am Urteil des diplomatisch reservierten „Temps“. Dieses maßgebende Organ des Ministeriums des Auswärtigen schließt seine objektiven und sachkundigen Betrachtungen über den Fall von Port Arthur mit einer „einfachen Schlussfolgerung“, die dem Zarenreich einfach zuruft: „Dass die Hoffnung für immer!“ Die Schlussfolgerung, die, wohlgeachtet, absichtlich aus einem für Rußland denkbar günstigen Verlauf des Landkrieges gezogen wird, lautet: „Niemand wird die Russen Port Arthur zurückerobern, es sei denn, daß sie vorher die Herrschaft auf der See erlangt haben. Niemand wird die militärisch eroberte Beute den Japanern durch dieselben militärischen Mittel wieder genommen werden. Was aber die Möglichkeit betrifft, sie ihnen später diplomatisch und auf dem Wege des Austausches zu entreißen, so ist das ein anderes Problem, das man stellen kann, das aber nur negativ gelöst werden zu können scheint, da ja es gerade eine Rückgabe dieser Art 1895 war, die die Japaner bewogen hat, die gegenwärtige Rebände vorzubereiten, und da sie heute Krieg führen nur zum Zweck, den Vertrag von Simonseski zu zerreißen.“

Diplomatisch ist das ja wohl ein deutlicher Wink, daß Rußland nicht mehr wie 1895 auf die Liebedienerei Frankreichs rechnen darf, um Japan um die Früchte seines Sieges zu pressen. Militärisch aber knüpft der „Temps“ den russischen Sieg an eine Bedingung, deren Erfüllbarkeit er mit keinem Worte anzudeuten sich getraut. Sein Leitartikel über Port Arthur bildet einen vernichtenden Kommentar zu den von ihm zwei Spalten weiter veröffentlichten spanisch-stolzen Erklärungen der russischen Vorkriegspropaganda in Paris.

Der innigste Wunsch der französischen Diplomatie wäre ein rascher Friedensschluß, der das weitere Verbluten des russischen Verbündeten einhalten würde. In Zeitungen, die weniger reserviert zu sein brauchen als der „Temps“, wird jener Wunsch offen ausgesprochen.

In der linksstehenden Presse wird auch die Rückwirkung des Ereignisses auf die russische Freiheitsbewegung besprochen, vorwiegend in hoffnungsvollem Tone. Uebrigens braucht es nicht erst gesagt zu werden, daß dieser Teil der französischen Presse ohne Ausnahme offen und energig gegen den Zarisismus Front macht, auch dann, wenn sie und da Zweifel an den unmittelbaren Erfolg des Freiheitstempes geäußert werden. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Januar.

Bekanntnisse Trothas.

Die Presse gibt heute zwei Briefe des südwesafrikanischen Generalissimus, des Generals v. Trotha, bekannt, in denen sich dieser über die Art der Kriegsführung gegen die Eingeborenen äußert. Der erste Brief

ist am 1. Dezember aus Windhuk geschrieben und an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gerichtet. Dieser Brief lautet:

„Von unbekannter Hand wird mir eine Bestätigung Ihres Blattes überliefert über das Verbot der Berichterstattung über Südwest-Afrika. Ich darf mir dagegen die Bemerkung erlauben, daß alles, was sich auf dem Kriegstheater ereignet, sei es eine kriegerische Aktion, eine Verschiebung der Kräfte, Nachrichten über die Eingeborenen, oder der Tod eines jeden Reiters sofort und zwar telegraphisch berichtet wird.“

Ich habe nur den in der preussischen und wohl auch in den anderen deutschen Armeen für Frieden und Krieg zu Recht bestehenden Grundgedanken in Erinnerung gebracht, daß kein aktiver Soldat ohne Erlaubnis seiner Vorgesetzten etwas in die Presse bringen darf. Daran habe ich angeknüpft, daß ich alle meine Untergebenen aufgefordert habe, sich in ihren Briefen an Angehörige der größten Wahrhaftigkeit zu befleißigen, und nichts zu schreiben, worüber sie und ich bei Veröffentlichung zu erröten hätten. Auf die Nichtveröffentlichung von Briefen durch die Angehörigen habe ich weder einen Einfluß ausüben wollen, noch steht dies in meiner Macht.

Ich kann unmöglich annehmen, daß dem deutschen Publikum mit einer Wiederholung der für die deutschen Truppen so beschämenden, fast durchweg aus groben Lügen bestehenden Sonnenbriefe aus China gedient sein könnte.

Als nur ganz verschwindend Veröffentlichungen aus der Truppe heraus erfolgten, war ich für meine Person hocherfreut darüber, und hoffte, daß sich die Truppen die Worte unseres nationalsten Dichters, Friedrich Schiller, die ich jeder Kompagnie um bei Befestigungen zugerufen, zu eigen gemacht hätten, nämlich die aus Wallensteins Lager oder Tod: „Die Tat ist stumm.“

Mit vorzüglichster Hochachtung Euer Hochwohlgeboren ergebendster

(gez.) von Trotha, Generalleutnant.

Dieser Brief soll offenbar ein Dementi darstellen. Er hat nur das Unglück, daß er in seinem Schluß das widerlegt, was er in seinem Anfang behauptete. General v. Trotha behauptete zunächst, daß seinen Leuten, den Soldaten, nicht verboten worden sei, über die Kriegsvorgänge in Südwestafrika Bericht zu erstatten, alle wissenschaftlichen Nachrichten seien ja sofort telegraphisch nach Berlin gemeldet worden, auch Nachrichten über die Eingeborenen. Wenn dem so ist, dann muß die deutsche Regierung sorgfältig alle Nachrichten über die Behandlung der Eingeborenen unterdrückt haben, denn bisher sind nur sehr wenige Nachrichten darüber amtlich veröffentlicht worden. Was wir über die unbegreifliche und von keinem Standpunkt aus zu billigende Behandlung der widerstandsunfähigen Eingeborenen erfahren haben, stammte nicht aus amtlichen Quellen, sondern wurde durch Blätter, wie z. B. den „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht; so namentlich die Aufsehen erregenden Mitteilungen, daß die Hereros, die mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, selbst dann erschossen wurden, wenn sie keinen Widerstand geleistet hatten. Ferner die Nachricht, daß alle unbewaffneten sich ergebenden Eingeborenen ebenso wie die eingeborenen Frauen und Kinder rücksichtslos wiederum in die Wüstenei hinausgetrieben wurden, um dort Hungers zu sterben. Wir wiederholen also, daß über diese Dinge, die General v. Trotha seiner Versicherung nach unzweifelhaft sofort telegraphisch gemeldet hat, die amtlichen Organe keinerlei Veröffentlichungen gemacht haben. Aus welchem Grunde? Sicherlich deshalb, weil sie glaubten, daß diese Nachrichten die Kritik der Öffentlichkeit nicht vertragen könnten. General v. Trotha erklärte dann, daß er seinen Soldaten eingeschärft hatte, daß sie nichts in der Presse veröffentlichen dürften. Diese Verbotseinschränkung war unseres Erachtens ganz überflüssig, da sich kein Soldat hätte die Disziplinwidrigkeit zuschulden kommen lassen, gegen diese bekannte Vorschrift zu verstoßen. Wenn General v. Trotha sagt, daß er auf die Veröffentlichung von Briefen durch die Angehörigen keinen Einfluß habe ausüben wollen, so steht diese Erklärung im Widerspruch zu seiner eigenen Behauptung, daß er seine Leute aufgefordert habe, nichts zu schreiben, worüber sie „bei der Veröffentlichung zu erröten hätten!“

Was General v. Trotha über die fast durchweg aus groben Lügen bestehenden Sonnenbriefe sagt, ist bekanntlich eine Unwahrheit, die mindestens eine fahrlässige Unwahrheit ist, denn bekanntlich haben ja, um das unzählige Male Gesagte nochmals zu betonen, die Verichte abgelehnt, in einen Wahrheitsbeweis über die Angaben dieser Briefe einzutreten.

Am meisten aber schlägt v. Trotha allen seinen vorhergehenden Versicherungen dadurch ins Gesicht, daß er erklärt, seinen Soldaten, und zwar jeder Kompagnie, zugerufen zu haben:

„Die Tat ist stumm.“

Das kann doch nichts anderes bedeuten, als daß General v. Trotha nicht wünschte, daß über die von den Soldaten begangenen Taten etwas berichtet würde. Eine andere Deutung vermögen wir wenigstens auch bei schärfstem Nachdenken nicht herauszufuteln.

Im übrigen lautet das von Wallenstein angezogene Zitat vollkommen richtig folgendermaßen:

Das Wort ist frei, die Tat ist stumm, der Gehorsam blind, Dies urchundlich seine Worte sind.

Ein Zitat, das bekanntlich aus „Wallensteins Lager“ stammt. General v. Trotha hat also den Leuten nur eingeschärft, daß die Tat stumm sein soll, daß darüber nicht gesprochen werden dürfe, während doch das Schiller-Original-Zitat ausdrücklich das Wort für frei erklärt. Nach alledem hätte General v. Trotha besser getan, diese in dem kuriosen Widerspruch sich bewegenden Briefe überhaupt ungeschrieben zu lassen.

Einen weiteren Beweis für die Art der Kriegsführung in Südwestafrika bietet General v. Trothas zweiter Brief. Dieser Brief wurde an den Windhuker Beirat gerichtet, der um bestimmte Maßnahmen gebeten hatte, durch die die Sicherheit des Ortes gewährleistet werden sollte, und in dem offenbar auch darum ersucht worden war, die Hereros nicht alle zu vernichten, da man deren doch als Arbeiter später bedürfe. Darauf erließ General v. Trotha folgendes Antwortschreiben:

„Daß ich das wirtschaftliche Interesse der Kolonie fördern werde, soweit es die Kriegslage irgend erlaubt, erstehet der Beirat aus den Maßnahmen, die ich zum Schutz der Farmer und ihres Wirtschaftsbetriebes bereits getroffen habe. Vorläufig ist jedoch die Vernichtung aller aufständischen Stämme das Ziel aller militärischen Maßnahmen. Hinder diesem Ziele tritt die Rücksicht auf Förderung des Wohlstandes der Ansiedler naturgemäß zurück, soweit sich diese Rücksicht nicht ohne Schädigung wichtiger militärischer Interessen durchführen läßt.“

Aus diesem Antwortschreiben geht klar und deutlich mit klaren und gar nicht zu mißdeutenden Worten hervor, daß

General Trotha faktisch die Absicht hatte, alle aufständischen Stämme der Vernichtung preiszugeben, sie vollständig aufzuzeihen, einerlei, ob sie sich ergeben wollten oder nicht! Eine derartige Auffassung ist denn doch selbst dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu toll. Er schreibt darüber:

„Mag vielleicht für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes das Ausschneiden der Witwen, dieses an sich nicht mehr zahlreichen, zu körperlicher Arbeit ungeeigneten und der natürlichen Auflösung entgegengehenden Stammes, nicht von großer Bedeutung sein, so liegt hinsichtlich der Hereros das Verhältnis anders. Ihrer bedarf das Land als Arbeiter. Nicht ihre Vernichtung, sondern ihre wirkliche Unterwerfung müßte deshalb das Ziel des gegenwärtigen Krieges sein. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß jetzt im Süden der Truppen überall im Lande wieder Hererobanden auftauchen. Sie machen sich durch fortgesetzten Viehdiebstahl bemerklich. Es sind ausgehungerte und gewiß kriegsmüde Haufen, die, wenn sie Nahrung nicht anders erhalten können, schließlich auf das Stehlen angewiesen sind, die aber, wie sie bei Omaruru deutlich erklärt haben, gern zur Arbeit kommen möchten. Nur indem man sie annähme und, sie zunächst als Gefangene haltend, beschäftigte, könnte man wenigstens verhältnismäßig den Beginn damit machen, in absehbarer Zeit wieder zu einem Zustande im Damaralande zu gelangen, der ein Arbeiten gestattet. — Neuerdings soll dem auch angeordnet worden sein, daß die ihre Ergebung anbietenden Hereros anzunehmen seien. Daß die Hereros, falls sie überhaupt noch Waffen besitzen, dabei entwapfnet werden, versteht sich von selbst.“

Man sieht also, daß selbst dem „Lokal-Anzeiger“ ein derartiges Vorgehen gegen wehrlose Eingeborene ganz unmöglich erscheint. Das Volk hat zwar nichts dagegen, daß die volkswirtschaftlich nicht mehr für die weißen Kolonialabenteurer anzupressenden Sottentotten ausgerottet werden, wie man die Hereros auszurotten bemüht war, aber es will wenigstens einen Teil der Hereros zum Zwecke der Arbeitsflaverei erhalten wissen.

Die Erklärung des Generals v. Trotha bestätigt also alles, was bisher von uns über die Art der Kriegsführung ausgesprochen worden ist. Die Trothaschen Briefe sprechen so sehr für sich selbst und gegen alles das, was man bisher für vereinbar hielt mit den Auffassungen des Christentums und der modernen Kultur, daß wir ihnen unsererseits eine weitere Kritik nicht angeheihen zu lassen brauchen! —

Der neue Leo-Bettel. Der „Vorwärts“ hat sich wiederholt mit der Affäre des Berliner Leo-Hospizes beschäftigt, das einst dazu bestimmt war, eine katholische Hochburg inmitten des „heidnischen“ und sozialdemokratischen Berlins zu sein. Dieses von dem besondern Wohlwollen des Papstes und des Fürstbischofs Kopp getragene heilige Unternehmen schwebt seit Jahr und Tag dauernd in der Gefahr, unter den höchst irdischen Hammer zu kommen. Statt holdseliger Englein starrt über der Hochburg in kränzendem Flug unablässig der heidnische Pfeilergeier. Ebenso unablässig wie die Finanznot besagter Hochburg ist die Bettelthätigkeit des jetzt für das Unternehmen sorgenden Dr. Stephan. Immer aufs neue sendet der geistliche Herr seine Bettelbriefe ins Land, einen kläglich als den anderen, und doch ist es ihm bisher nicht gelungen, obwohl ein paar Fraktionsmitglieder des Zentrums allein ohne jeden persönlichen Verlust aus ihrer Tasche die verlangte Summe aufbringen könnten, die Gelder herzugeben vermöchten, die notwendig sind, um das Unternehmen über Wasser zu halten. Die reiche katholische Kirche, die Majoratsherren und Industriellen des Zentrums spüren anscheinend nicht die geringste Lust, die Berliner Hochburg zu retten und die katholische Kirche vor dem Skandal zu bewahren, daß an einem ihrer mit der größten Reklame ins Leben gerufenen Unternehmungen kleine Leute ihre Spargrößen verlieren, wie an irgend einer verächtlichen Schwindelbank.

Dr. Stephan hat sich die diesjährige Weihnachtszeit angeeignet, um durch Sündenbussung seine Bettelbriefe zu senden. Seinen Aufsatz an die Katholiken Deutschlands zur Unterstützung des Leo-Hospizes und der Antoniuskapelle begleitet Dr. Stephan mit dem folgenden Anschreiben, das er, um die erhofften Wohlthäter nicht abzuschrecken, an der Spitze mit dem tröstlichen Vermerk versehen, „nur einmal!“ Das Anschreiben lautet:

Berlin, Dezember 1904. Euer Hochwohlgeboren bitte ich höflichst um Verzeihung, wenn ich Ihnen mit beliedigendem Zirkular aus Anlaß des heiligen Weihnachtsfestes mein Leid klage und Ihnen in etwa ein Bild entwerfe von den außerordentlichen Sorgen und Schwierigkeiten, unter denen ich zur Erhaltung des Leo-Hospizes und der Antoniuskapelle arbeiten muß. Sie können sich gar nicht vorstellen, welcher Kummer sich jeden Tag häuft, wenn die Gläubiger drängen, Zwangsschritte unternehmen, wenn die anderen Klagen und Jammer, sie können ihr Geld verlieren. Wenn Sie wüßten, was ich schon habe alles durcheinander müssen, um einen großen Skandal abzuwenden und die Anstalt zu retten, dann würden Sie schon aus Mitleid mit mir etwas tun. O bitte helfen Sie mir und nehmen Sie es nicht übel, wenn ich mich unter die Weihnachtsbettel beuge und Sie unter Hinweis auf das Zirkular nochmals besonders herzlich ansehe, daß Sie sich meiner erbarmen und mir in der jetzigen Weihnachtszeit für den Zweck ein Almosen senden, wenn es auch noch so klein ist, damit ich wieder etwas freier atmen kann. Mit dem herzlichsten Dank im voraus Dr. Stephan.

Kein Bettelbrief kann rührender und gedauert sein, als dieses Zirkular des unermüdbaren Weihnachtsbettelers. Es scheint indessen, als ob sich die katholischen Christen Deutschlands bereits an diese Bettelbriefe so gewöhnt haben, daß sie nicht mehr auf sie reagieren. Herr Dr. Stephan wird sich schon in das Schicksal finden müssen, daß die Hochburg des allein seligmachenden Glaubens in Berlin an den meistbietenden Feiden versteigert wird, weil die katholische Kirche und katholischen Missionäre durchaus nicht der Meinung sind, daß es um Erhaltung dieses Institutes willen für sie lohne, den Vottenfraß ihrer irdischen Schätze irgendwie zu vermindern. —

Hammerstein persona gratissima. Naive Leute halten den preussischen Polizeiminister für unmöglich. Sehr naive Leute! Im Hofbericht liest man: Der Kaiser nahm beim Minister des Innern Herrn v. Hammerstein das Abendessen ein. Hierzu waren auch der Reichskanzler Graf v. Bülow und der Finanzminister Herr v. Reinkenshausen erschienen. —

Die preussische Ostmarkenpolitik wird demnächst vor einem Berliner Gericht ausgetrollt werden. Den Grund hierzu bietet eine Beleidigungsklage, die der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins, die Herren v. Tiedemann, Justizrat Wagner, und Gelehrter z. D. Kasch, dau gegen den verantwortlichen Redakteur des „Dziennik Berlinski“ angestrengt haben. Gelegentlich der zehnjährigen Jubiläumsfeier des vorgenannten Vereins wurde u. a. die Gründung eines sogenannten Ostmarkenfonds beschloffen und in einem schriftlichen Aufruf zu Beiträgen hierfür aufgefordert. In einer Besprechung dieses Aufrufs sagte der „Dziennik Berl.“, daß einige darin vorkommende Behauptungen „falsch, lägenhaft und pharisaisch“ seien. Hierdurch fühlte sich nun der Vorstand des Ostmarkenvereins beleidigt und forderte den Redakteur des „Dziennik Berl.“ auf, die beleidigenden Äußerungen zurückzunehmen. Letzterer erwiderte, daß er hierzu gern bereit sei, wenn die in dem Aufruf enthaltenen unwahren Behauptungen, durch die das gesamte polnische Volk schwer beleidigt werde, ebenfalls zurückgezogen würden. Wie das „Posener Tageblatt“ mitteilt, hat jetzt Justizrat Wagner namens des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins dieses „Ansuchen“ rundweg abgelehnt, worauf wiederum der besagte Redakteur erwiderte, daß er vor Gericht den Beweis erbringen werde, daß der Jubiläumsaufruf des Ostmarkenvereins in seinem Inhalt „lägenhaft und pharisaisch“ sei. Der „Dziennik Berl.“ gibt zugleich

der Hoffnung Raum, daß sich in Berlin noch Richter finden werden, die der polnischen Bevölkerung und der polnischen Presse Unparteilichkeit entgegenbringen und dieser Presse das Recht zugesprochen werden, die Attentate der schlimmsten Feinde des Polentums gebührend zurückzuweisen. —

Die Reaktion im Goethe-Ländchen. Während man sich in Sachsen-Weimar bisher mit dem Verbot von sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Versammlungen begnügt, wird der behördliche Kampf gegen die selbständigen Regungen der Arbeiterklasse nun auch auf das kommunale Gebiet hinübergeführt, indem man die Gründung von Bürgervereinen zu erschweren oder unmöglich zu machen versucht. Das ergibt sich aus folgender Notiz des „Jenauer Volksblattes“:

Burgau. Die für den 4. Januar einberufene Bürger-Versammlung wurde vom höchsten Gemeindevorstand verboten, da in der vor acht Tagen arrangierten Versammlung auch Nichtbürger antretend gewesen seien und dasselbe auch heute zu befehlen sei. Im übrigen habe es auch keinen Zweck, daß für Burgau ein Bürgerverein gegründet würde. Gegen das merkwürdige Verbot wird selbstverständlich Beschwerde erhoben.

Nichts ist bezeichnender für die heutigen Zustände in dem Massischen Ländchen, als daß ein Bürgermeister ein maßgebendes Urteil darüber abgeben zu können glaubt, ob die Gründung eines Bürgervereins in seiner Gemeinde einen Zweck hat. Er spottet seiner selbst und weiß nicht wie!

Schamut kann man sein, was der Bezirksdirektor auf die gegen das Versammlungsverbot erhobene Beschwerde antworten wird. Bisher haben die Versammlungen keinerlei Erfolg gehabt, wie auch die Regierung mit beschränkter Armen dem Treiben der Bürgermeister zuseht. Und auf den Landtag ist infolge seiner reaktionären Zusammensetzung auch kein Verlaß. So lange eben die Arbeiter nicht in größeren Massen Bürgerrechte erwerben, um dadurch einen größeren Einfluß auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen, der Bezirksausschüsse und des Landtages auszuüben, so lange wird es so bleiben, wie es jetzt ist: der Polizeihüpfel herrscht im Lande.

Eine polizeiliche Blamage. München, 5. Januar. (Eig. Ber.) Den Teilnehmern der zweiten Schutzmann-Versammlung, die am 7. Dezember stattfand, ist eröffnet worden, daß sie wegen der Teilnahme an dieser Zusammenkunft nicht bestraft werden, weil nach der jetzigen Auffassung des Kommandos eine disziplinare Verfolgung damals nicht gegeben gewesen sei.

Die Kritik der Presse hat also ihre Wirkung nicht verfehlt. Wenn freilich ein ungebildeter Arbeiter eine falsche Auffassung von gesetzlichen Bestimmungen hat, so wird er schamlos beim Krug genannt. Die hohe Obrigkeit dagegen kann sich einen Rechtsbruch auf Grund eines solchen falschen Auffassung schon eher leisten, sie setzt sich ja höchstens der Gefahr einer Blamage aus. Deswegen herrscht im Volke auch eine so unendliche Verehrung für die Polizei. —

Es geht auch so. Aus München wird uns berichtet: Während die Reichspost als Hilfsarbeiter für den Weichachts- und Neujahrsverkehr noch immer Unteroffiziere und Soldaten bedient, hat man dieses Mal in München ausschließlich Zivilisten dazu verwendet. Dieser erste Versuch hat, wie man hört, vollständig befriedigt. Der Ausschuß des Militärs ist auf das unaußerordentliche Drängen unserer Presse und unserer Abgeordneten zurückzuführen. So lange die Verkehrsanstalten dem Grafen Traillheim unterstanden, wurde immer eingewendet, auf die Hälfte von Soldaten könne man nicht verzichten, weil diese bessere Disziplin hätten. Der neue Verkehrsminister v. Frauendorfer besitzt aber doch etwas mehr sozialpolitisches Verständnis und verschmäht es, einen alten Schlenker durch so fadenhäutige Gründe zu rechtfertigen. —

Sachsen-Meinungen. Am Donnerstag trat der Landtag zu einer etwa vier Wochen währenden Tagung zusammen. —

Die Landesversammlung der sächsischen Volksversammlung fand, wie uns aus Stuttgart vom 6. Januar telegraphiert wird, heute unter den üblichen berichtigten Zenturmparaden nachgebildeten Formen statt. In der öffentlichen Paradedarstellung, zu der die Parteifreunde aus dem ganzen Lande zusammengetrommelt werden, folgt ohne Diskussion ein Referat dem anderen. Voran geht eine Konferenz des die Partei beherrschenden Stuttgarter Abolaten-Kingels mit eifrigen Vertrauensmännern aus dem Lande. Für die Ohnmacht und Weglosigkeit dieses künstlichen Parteigebildes ist bezeichnend, daß trotz der Verteilung, die die schmähliche und volksverräterische Haltung der politischen Führer der Volkspartei in der Frage der Verfassungsrevision in einzelnen völkerverhetzenden Provinzialblättern erfahren hat, auf der Landesversammlung sich keine Stimme gegen den schmählichen Unfall erhoben hat. Natürlich liegen es die Redner an demagogischen Phrasen gegen die Abolatenkammer nicht fehlen, aber man weiß, was von dieser Komödie zu halten ist. Ehrlicher gemeint waren die heftigen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie und das feurige Liebeswerben um die Gunst der Nationalliberalen, das sich durch alle Reden zog. Der Haß gegen die Sozialdemokratie rief den Referenten über die Gemeindeformen, den Abgeordneten Wising, auch dazu hin, feierliche Anklagen gegen die königlich württembergische Regierung zu erheben, daß mit ihrer Hilfe durch die Proportionalwahl die Parteiherrschaft der Sozialdemokraten auf dem Stuttgarter Rathaus etabliert werden solle. An der Sozialistenhege beteiligten sich auch der Referent über die Reichspolitik, Reichstags-Abgeordneter Payer. Er gab seiner Freude über die Fortschritte Ausdruck, die insbesondere in Süddeutschland durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Völkern, durch die Annäherung zwischen Nationalliberalen und süddeutscher Volkspartei gemacht sind, was der gehässigen Haltung der Sozialdemokratie zu danken sei. Dieser seien ihre Erfolge zu Kopf geblieben und es sei für die nächste Zeit ein Zusammenarbeiten mit ihr unmöglich geworden. Auch die am Sonntag stattfindende Landesversammlung der Nationalliberalen wird voraussichtlich unter dem Zeichen der Ritterschwärze des national-liberal-völkerverhetzenden Bündnisses stehen, dessen Konturen immer klarer und schärfer hervortreten, und bei dem sich die Volkspartei des letzten Vorkurses demokratischer Prinzipien entledigt. —

Ueber ein schweres Gesetzt mit den Hottentotten

Berichtet General Trotha aus Windhuk unter dem 5. Januar: Oberst Deimling beabsichtigte am 4. Januar Gochas Konzertreise anzugreifen mit Abteilung Weister (4. 5., 7. Komp., Batt. Stahl) nach abwärts, mit Kompanie Ritter und Halb-Batterie Stuhlmann von Gibeon über Soams, mit Abteilung Lengke (8. Komp. 8. Batt.) von Koes über Persh. Major Weister stieß bereits am 1. Januar 6 Uhr abends bei Stamprietfontein auf 500 bis 600 Hottentotten. Diese hielten trotz wiederholter Bajonettangriffe bis 9 Uhr 30 Minuten abends nach Eintritt völliger Dunkelheit stand und zogen sich erst unter dem Schutz der Nacht auf beiden Ufern des Knos in Richtung auf Gochas zurück. Major Weister folgte am nächsten Morgen. Verluste des Feindes, welche bedeutend gewesen sein müssen, sind noch nicht festzustellen gewesen.

Der Hererosoldat Friedrich von Omburo hat am 4. Januar in Omaruru seine Gewehre abgegeben. Seine Werte will seinem Weispi folgen. Bis jetzt sind 50 Männer und 150 Frauen in Omaruru zugekommen.

Da das Gesetzt eine so lange Dauer hatte und die Hottentotten mehreren Bajonettangriffen standhalten vermochten, dürften die Verluste der deutschen Truppen verhältnismäßig schwer sein. Es wäre deshalb sehr wünschenswert gewesen, daß General Trotha auch über die eigenen Verluste wenigstens einen summarischen Bericht gegeben hätte. General Trotha hält es aber anscheinend immer noch mit der Methode, erst „Siege“ zu melden und erst 24 oder 48 Stunden später Angaben über die erlittenen Verluste zu machen.

Die letzte Meldung scheint darauf hinzuweisen, daß man jetzt endlich den sich ergebenden Hereros Pardon gibt, statt sie entweder,

sofern sie noch Waffen tragen, zu erschließen oder aufzuhängen, oder sie in die Wüsteneien zurückzutreiben und dem Hungertode preiszugeben!

Viel von den Hereros wird freilich nicht mehr übrig geblieben sein. Nach einer Meldung des „Tag“ sind die Hereros teils nach dem Ovambo-Lande geflüchtet — wo also der Tanz später noch einmal losgehen wird — oder auf englisches Gebiet übergetreten. —

Aus der Deutschschrift über unsere Kolonien.

Aus den Mitteilungen über die Deutschschrift über Südwestafrika haben wir vor einigen Tagen bereits das wichtigste gebracht. Heute werden einige Bemerkungen über die Kolonien Deutsch-Ostafrika und Kamerun folgen. Die weiße Bevölkerung Deutsch-Ostafrika beläuft sich auf ganze 1437 Personen gegenüber 1275 Personen des Vorjahres. Es ist also ein Zuwachs von 162 Personen zu verzeichnen. Unter den Weißen sind nur 1102 Deutsche. Die übrigen handelstreibenden Nationen sind nur sehr schwach vertreten, so z. B. 35 Holländer, 45 Engländer und 54 Franzosen; ein Beweis, daß in wirtschaftlicher Beziehung Ostafrika wenig zu holen ist. Von der weißen Bevölkerung sind 198 Regierungsbeamte, 165 Angehörige der Schutztruppe und nicht weniger als 275 Geistliche und Missionare! Mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung besteht also aus Soldaten, Regierungsbeamten und Missionaren! An Handwerker, Arbeitern und Bergleuten wurden 57, an Ansiedlern, Pflanzern und Kärnern 130 gezählt; Kaufleute, Händler, Gastwirte, Frachtfahrer waren 134 vorhanden. Schon diese Zahlen beweisen, daß von einer wirtschaftlichen Entwicklung und Erschließung Ostafrikas gar keine Rede sein kann, trotz der ungezählten Millionen, die bereits für Ostafrika ausgegeben worden sind. — Die klimatischen Verhältnisse Äthiopiens nach wie vor bedenkliche Wirkungen auf die weiße Bevölkerung. Es waren 41 Todesfälle zu verzeichnen, darunter 19 an Malaria und Schwarzwasserfieber. Die Eingeborenenbevölkerung beträgt 6 700 000 Köpfe.

Interessant ist die Kriminalstatistik: Von den Weißen wurden 23 Personen verurteilt, darunter 5 wegen Körperverletzung, die vermutlich an Eingeborenen begangen wurde. Drei davon erhielten Gefängnisstrafen unter sechs Monaten, zwei andere kamen sogar mit Geldstrafen davon. Die Zahl der bestraften Eingeborenen ist eine ungeheuer große. In nicht weniger als 9908 Fällen wurde auf Strafe erkannt. In 50 Fällen wurde die Todesstrafe verhängt, in nicht weniger als 2494 Fällen wurde auf Prügelstrafe erkannt! Man sieht also, in welcher ungeheurer Nähe auch in Deutsch-Ostafrika geprügelt wird! Wenn sich also, was ja der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika bereits ziemlich sicher in Aussicht gestellt hat, eine Kolonialkatastrophe von der Art der südwestafrikanischen wiederholt, so kann das bei dem Umfange des Prügelns kein Wunder nehmen!

In Kamerun betrug die Zahl sämtlicher weißen Personen 710, d. h. nur 40 mehr als im Jahre vorher. Unter den 710 Personen waren 557 Deutsche. Von der weißen Bevölkerung waren 93 Beamte, 88 gehörten der Schutztruppe an, 75 waren Geistliche und Missionare. An Pflanzern und Kärnern, Gärtnern wurden nur 79, an Kaufleuten, Händlern und Frachtfahrern usw. nur 177 gezählt. Auch diese Zahlen beweisen den überaus geringen wirtschaftlichen Fortschritt. Die Zahl der Todesfälle betrug 31, darunter 9 an Malaria und 16 an Schwarzwasserfieber. Auch hier ist die Kriminalstatistik interessant: Auf die Weißen entfielen 23 Verurteilungen, d. h. auf je 30 Personen eine. Unter diesen Verurteilungen erfolgten nicht weniger als 14 wegen Körperverletzung, was wiederum auf eine rücksichtslose Behandlung der Eingeborenen schließen läßt! Von diesen 14 kamen 9 mit Geldstrafen davon, ein Beweis, wie mild man in unseren Kolonien Körperverletzungen zu beurteilen pflegt. Eingeborene wurden in 1471 Fällen verurteilt. Nicht weniger als 239 mal wurden Prügelstrafen verhängt. Auch hier steht also das Prügelssystem in äppigster Blüte!

Die Berichte der Missionare sowohl aus Ostafrika wie aus Kamerun enthalten nur sehr geringfügiges Material zur Beurteilung der Verhältnisse. Sie beschränken sich fast ausschließlich auf statistische Mitteilungen über die Zahl der errichteten Missionsanstalten, Schulen und dergl. mehr. Ueber das Verhältnis der weißen Bevölkerung zu den Eingeborenen enthalten sie nicht das geringste. Entweder sind die betreffenden Mitteilungen der Missionare von der Regierung unterdrückt worden, was ja seinerzeit mit den Eingaben der südwestafrikanischen Missionare geschah, oder aber die Missionare besitzen nicht das geringste Verständnis für ihre Aufgabe. Interessant ist nur eine Stelle aus dem Bericht der Wafeler Mission. Darin heißt es:

„An dem wichtigsten verkehrsmäßigsten Orte des Schutzgebietes (von Kamerun) wohnen die stolzen Selbstbewußten, durch den Einfluß des vielen Verkehrs verdorbenen und verwöhnten Duala.“ Hier erzählt also der Missionsbericht indirekt, daß gerade die Eingeborenen, die mit den weißen Kulturträgern in innigste Berührung kommen, am meisten verdorben sind. Es ist nur unklar, ob der Missionsbericht damit Kritik an dem Verhalten der Weißen hat üben wollen, oder ob er alle Schuld auf die Eingeborenen selbst wälzen wollte. Die Bezeichnung „verwöhnt“ könnte auf das letztere schließen lassen! Nach den uns zugegangenen Mitteilungen von Kameruner Landesbeamten soll jedoch von einer „Verwöhnung“ der Eingeborenen durch die Weißen nicht im geringsten die Rede sein können, im Gegenteil sollen die Eingeborenen auch in Kamerun genau so brutal und mißachtend behandelt werden, wie in Südwestafrika! —

Ausland.

Frankreich.

Ein sozialistischer Staatsanwalt.

Paris, 4. Januar. (Eig. Ber.) Dieser Tage ist der Staatsanwalt von Orléans, Paul Le Carpentier, eines frühzeitigen Todes gestorben. Die weite Öffentlichkeit erfährt dabei von seiner sozialistischen Bestimmung aus dem warmen Nachruf, den sein Freund Journière in der „Humanité“ veröffentlichte. Für diejenigen, die es angeht, war Le Carpentiers Bestimmung kein Geheimnis. Seine Beamtenlaufbahn wurde dadurch lange Zeit gehemmt, aber — mögen die preussisch-deutschen Justizminister erschrecken! — doch nicht unterbrochen. Ueber seine Amtserfüllung schreibt Journière: „Der Gerichtsbeamte, der die öffentliche Vergeltung in den Gerichten zu vertreten hatte, besaß eine tief menschliche Auffassung seines fürchtbaren Amtes. Im Schuldigen erblickte er einen Unglücklichen, der zu bessern, nicht einen Feind, der zu treffen ist.“

Le Carpentier hat seine sozialistischen Ueberzeugungen auch durch seine lehrwillige Verfügung bekundet. Der hinterlassenen Witwe hat er nur die Ruhmehnung seines Vermögens überlassen. Ueber das Eigentumsrecht hat er wie folgt verfügt: 50 000 Frank an Jaurès, Briand und Viviani mit dem Auftrag, davon den besten Gebrauch für die sozialistische Sache zu machen; 25 000 Frank an Millerand zu gewerkschaftlichen Zwecken, 5000 Frank an die Pariser Gruppe der französischen Unterhändler, je 200 Frank an die Schulaffen der 20 Pariser Bezirke, endlich seine Bibliothek an eine Arbeitsbörse, die von Briand, Viviani und Jaurès zu bestimmen ist. —

Italien.

Erfahrungen in Italien.

Rom, den 3. Januar. (Eig. Ber.) In mehreren Wahlkreisen hat der Wahlkampf von neuem begonnen. So findet am 8. Januar Neuwahl in Sudrio statt, in dessen Wahlkreis Bissolati gewählt worden war, der aber beschloffen hat, das Mandat von Pescarolo anzunehmen, wo er gleichfalls gewählt wurde. In Sudrio stellt die Partei den früheren Abgeordneten von San Pier d'Arona, den Laderer Pietro Ghisa auf. Sein Gegner ist ein Alerikaler, Ramondo Ambrosini. Der Wahlkreis gehört seit mehreren Legislaturperioden der Partei.

Genauso am 8. Januar findet die Neuwahl in Bologna II und in Reggio Emilia statt. In beiden Kreisen war der sozialistische Kandidat als gewählt proklamiert worden. Die Wahlprüfungs-Kommission proklamierte dagegen die Stichwahl. So wird am nächsten Sonntag Franco Lini mit dem Alerikalen Spallangani um die Vertretung von Reggio Emilia kämpfen und Andrea Costa wird dem Feudorabitalen Marescalchi den zweiten Wahlkreis von Bologna streitig zu machen suchen. Hier handelt es sich um Kreise, die bereits der Partei gehören; dagegen findet es sich in Calle Val d'Elisa Stichwahl statt, wo der Konservative proklamiert worden war und die Wahlprüfungs-Kommission die Stichwahl zwischen diesem und dem Genossen Neoni ansagte.

Eine Woche später, am 15. Januar, finden weiter 2 Wahlen statt, die die Partei interessieren. In Terni ist Neuwahl nötig, da der zweimal gewählte Republikaner Pontano sich für Garre entschieden hat. Parteikandidat ist Arturo Labriola. Schließlich findet in Lendinara Stichwahl statt zwischen Genossen Vadaloni, der bereits in Badia gewählt ist, und dem Ministeriellen Valli. In Lendinara war bei der Hauptwahl am 6. November wegen Streitigkeiten über die Zuweisung einiger hundert Stimmen jede Proklamation unterblieben.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat ferner die folgenden Wahlen, bei denen ein Sozialist proklamiert wurde, für beanstandet erklärt: Messina I (Roe), Mantua (Dugoni), Porto maggiore (Enrico Ferri). Beanstandet wurden ferner die Wahlen von Nona und Reapel VIII, bei denen die sozialistischen Kandidaten Reina und Cicotti um wenige Stimmen nicht proklamiert wurden. Ueber die beanstandeten Wahlen entscheidet die Kammer.

Im ganzen sind also von den 32 Mandaten, die die Sozialisten bei den allgemeinen Wahlen erobert hatten, zwei Wahlen annulliert und Stichwahl ausgeföhrt und drei sind beanstandet. —

Schweden.

Die Reaktion an der Arbeit. Der auch im Interesse der Arbeiterbewegung bedauerliche Umstand, daß zu Sörbül im Nordland einige Streikbrecher mißhandelt worden sind, wird von der Kapitalistenklasse und der ihr dienstbaren Presse zu maßlosen Hejereien gegen die organisierte Arbeiterschaft ausgenutzt. Das seit 1899 bestehende, der deutschen Zuchtanstalt vorläufige ähnliche Ausnahmegericht genügt den Hejeren nicht mehr, man verlangt nach neuen gesetzgeberischen Maßnahmen, um die immer kräftiger emporstrebende Arbeiterbewegung zu nebeln, und das konservative Stockholmer Blatt „Nya Dagligt Allehanda“ fordert die Regierung auf, daß sie die Frage der rechtlichen Stellung der Fachvereine in vollem Umfange untersuche, daß die Gewerkschaften juristisch verantwortlich gemacht werden, und daß die Allgemeinheit die Verantwortung ihrer Kassenmittel übernehme. Die Behörden lassen es nicht an Eifer fehlen und suchen überall, wo irgend ein Streikvergehen vorkommt, das sogenannte „Arbeitsgesetz“ mit seinen Zuchtstrafen zur Geltung zu bringen. Dazu bietet selbstverständlich die Prügelei in Sörbül einen willkommenen Anlaß. Nicht genug damit, daß man mit aller nur möglichen Strenge gegen die wirklichen oder vermeintlichen Übeltäter vorgeht und die ungeheuerliche, erlogene Behauptung aufstellt und trotz aller Gegenbeweise aufrecht erhält, der Fachverein der Sägewerksarbeiter habe die Mißhandlung der Streikbrecher offiziell beschlossen, auch der Arbeiterpresse sucht man bei dieser Gelegenheit einen Stoß zu versetzen. Gegen den verantwortlichen Herausgeber unseres Bruderorgans in Sundsvall, Redakteur Henriksen, sind zwei Preßfreiheitsklagen erhoben worden. In der Verhandlung gegen die verhafteten Arbeiter von Sörbül, die am Dienstag begannen hat, suchte der öffentliche Ankläger bereits Stimmung gegen das der Kapitalistenklasse verhasste Sozialistenblatt zu machen, indem er als milderbitten Umstand anführte, „Nya Samhället“ habe die Arbeiter aufgeführt, weil es in einem Artikel vom 13. Dezember geschrieben hatte, man müsse „das Kainsgeschloß den Strömen der Verräter eindrengen“. Daß diese Bemerkung ebenso biblisch anzufassen war wie die der Bibel von dem Reichen, daß kein mit sich herumschleppte, ist selbstverständlich, nur nicht für den schwedischen Staatsanwalt. Dieser, der Kronvogt E. F. Engelstedt, ist bereits seit dem Jahre 1899 als ein entschiedener Feind der Gewerkschaften bekannt. Er wird wohl alles anbieten, um strenge Strafen zu erzielen. Bezüglich der „Sorgfalt“, mit der die Anlagen vorbereitet wurden, ist es, daß, wie der eine Verteidiger, Advokat S. Dahlbäck, bemerkte, sechs der verhafteten Arbeiter beim Polizeiverhör durch Drohungen und Mißhandlungen gezwungen wurden, Aussagen über Verbrechen zu machen, die sie gar nicht begangen hatten, also eine Art Inquisitions-system, wie es bei Gegenprozessen üblich war. —

Amerika.

Genesee. Im Staate Mississippi sind im letzten Jahre über 300 Menschen ermordet worden. Nach Erhebungen, die der Gouverneur anstellte, sind in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Nov. 297 Mordestaten vorgekommen. Mississippi ist ein Südstaat mit harter Regierbevölkerung. Unter den Gemordeten befinden sich 230 Negere und davon wurden 227 von ihren eigenen Rassegenossen umgebracht. Der Gouverneur gebrauchte diese Zusammenstellung in einer Rede, um auf die Verkommenheit der Reger hinzuweisen. Einige Zahlen, die er noch hinzufügte, geben aber dem grauenhaften Bilde eine ganz andere Beleuchtung. Die ermordeten Reger waren alleamt junge Leute, nämlich unter 25 Jahren, und der größte Teil der Morde passierte beim Glücksspiel, als die Leidenschaft ergriffen waren. Für Unterricht, Bildung und Erziehung der Reger wird nichts getan; die Jugend verwildert, verroht, läßt sich schnell von den ungezügeltsten Leidenschaften hinführen und die Mordestaten sind an der Tagesordnung. Derselbe Gouverneur, der sich darüber entrüstete, hat den wenigen, mangelhaften Regerschulen im Staate sogar noch Opposition gemacht.

Die Bewegung in Rußland.

Die Widerstandaktion in Rußisch-Polen.

Die von den Sozialisten eingeleitete Widerstandaktion gegen die zweite Mobilisation der Reserven hat weit schärfere Formen angenommen, als vorausgesehen wurde.

Mit dem Augenblick der Bekanntmachung der Mobilisation ist die Bewegung mit einer Anzahl Strahendemonstrationen in den verschiedenen Teilen Rußisch-Polens eingeleitet worden. Bei allen diesen Kundgebungen wurde unter Vorantritt einer roten Fahne, welche die Aufschriften gegen die Mobilisation und das Jarat enthielt, von der Volksmenge stürmisch gegen die zarische Politik manifestiert. In Zawiercie wurden z. B. aus der mehrtausendköpfigen Menge einige Personen verhaftet und in den Räumen der Aktienfabrik eingeschlossen. Sofort stürzte sich die Menge auf die Fabrik, erkämpfte sich den Eingang und befreite ihre verhafteten Kameraden. In Lodz waren etwa 1500 Demonstranten in geschlossenen Zuge unter Abführung der polnischen Arbeiterlieder durch die Stadt gezogen, von einer mehrtausendköpfigen Menge begleitet. Zwei Polizisten, die sich dem Zuge entgegenstellten, wurden getötet, drei verwundet.

Stürmisch und blutig verlief die Demonstration in Radom. In Voraussicht des Widerstandes zog die Stadt dicht mit Militär besetzt, bewachte Patrouillen zogen am 24. Dezember durch alle Straßen. Alle Amtsgebäude waren von zahlreichen Militärposten besetzt. Die Reservisten sollten am 24. Dezember, abends 8 Uhr,

wegtransportiert werden. Gegen 6 Uhr abends wurde aber schon die Nachricht verbreitet, daß die beiden Eisenbahnbrücken zwischen Radom und der Station Jedlin in die Luft gesprengt waren. Die Eisenbahnlinie war teilweise beschädigt. Am Bahnhof waren die Reservisten scharf bewacht. In den Wagen standen Soldaten, am Ausgang zur Strafe stand eine Kette Militär. Nun kamen viele Reservisten unter den Wagen davon. In den Ort der Brückensprengung eilte eine Regierungskommission. Nachts um 11 Uhr trat die Volksmenge aus der Kirche. Da hört man plötzlich den Ruf: „Genossen, in die Reihen!“ Im Augenblick bildet sich ein Zug, über den Köpfen flattert die rote Fahne. Stürmisch wird gerufen: „Nieder mit dem Zar!“ „Nieder mit dem Krieg!“ „Nieder mit der Mobilisation!“ „Gott das freie Polen!“ Der Zug schreitet dann zur Stadt. Er ist stark. Die Militärpatrouillen wagen nicht anzugreifen. Dann ertönt der Ruf: „Genossen! auseinandergehen.“ In demselben Augenblick stürzen einige Abteilungen Militär und Gendarmen dazu. Zwei Karabinerfakeln ertönen. Die Genossen schießen wieder. Der Oberst Sulatow stürzt dazu, schießt, ruft: „Ach, Ihr Dumbfelle, Ihr schurkischen Polen!“ und will einen Genossen ergreifen. Der Genosse streckt den Obersten mit einem Revolvererschuß zu Boden. In Hülle rennt ein Offizier, wird aber gleichfalls von unserem Genossen zu Boden gestreift. Dann fiel auch unser Genosse, von einer Gendarmenfaul getroffen. Bis in die späte Nacht hinein währten die Kämpfe mit dem Militär.

Bei Pabjanice, an zwei Orten der Kalisz-Warschauer Bahn, bei Piotrkow sind weitere Brückensprengungen mit Dynamit vorgekommen.

In Czestochau wurde das Denkmal Alexanders II. — errichtet von den erprechten Großden der polnischen Bauern — durch eine Dynamitexplosion schwer beschädigt.

In Erwartung der Freiheit.

Western brachten vor eine Schilderung der Bestialität, die sich die Petersburger Polizei bei der Niederschlagung friedlicher Demonstrierender geleistet hat. Die letzte Nummer der „Zktra“ meldet ähnliche Brutalitäten seitens der Polizeiführer aus Anlaß der Demonstration, die eine Woche später in Moskau stattgefunden hat.

Einige Tausend Personen haben sich am 18. Dezember in der Hauptstraße der alten Jarenstadt, in der Zerkowstraße um 1 Uhr nachmittags versammelt und zogen sich von hier aus unter Gelang der Parzellisten mit einigen roten Fahnen in Bewegung in der Richtung zum Hause des Gouverneurs. Auf einmal machten einige zwanzig Schulleute, die zuerst der Menge ruhig vorangingen, an einer gewissen Stelle plötzlich kehrt und stürzten sich mit blankem Säbel in der Hand auf die Demonstranten. Sie wurden im ersten Augenblick zurückgeworfen, aber aus den Höfen der benachbarten Häuser eilten ihnen bald immer mehr Polizisten zur Hilfe und es begann eine regelrechte Mezelei, die dem von den Polizeibogenen einige Tage zuvor in Petersburg veranstalteten blutigen Strauß nur wenig nachsteht.

Ein Augenzeuge und zugleich Teilnehmer der Demonstration beschreibt die empörenden Szenen wie folgt: „Die Polizei hieb ein nach rechts und nach links, ohne auf Alter und Geschlecht zu schauen. Die Menge leistete keinen Widerstand und ergrieff die Flucht. Verwundet und unter Lieben mit flacher Klinge auf den Kopf bewußlos zusammengebrochene bildeten bald einen Haufen Körper. Personen aus der Menge hoben sie auf und trugen sie in die benachbarten Bäder, einige sind jedoch auf dem Pflaster liegen geblieben. Mich umzingelten vier handfeste Polizisten und haben an, mich mit ihren Säbeln zu bearbeiten. Ich bin unversehrt geblieben nur dank dem Umstande, daß ich eine Besenbürste aufhabe, die sie zu durchhauen nicht vermochten und einen blauen 6-8 Pfund schweren Knüttel zu meiner Verteidigung schwang. Ich bin nach Hause fast unverletzt zurückgekehrt, nur leide ich an Kopfschmerzen. Die Schulleute gebärdeten sich bei der „Wiederherstellung der Ordnung“ wie wilde Bestien und hieben mit den Säbeln schonungslos drein. Ich war z. B. Zeuge folgender Szene: ein Revier-Wachmeister feuerte aus seinem Revolver aus Körpernähe fünfmal auf die Menge, es waren aber wahrscheinlich blinde Schüsse, da ich niemand fallen sah. An einer anderen Stelle hatte sich ein Student an einem Güter angehängt und fünf Schulleute schlugen ihn mit ihren Säbeln. Etwas weiter vertrieb ein Schuhmann aus voller Kraft einer Studentin einen Säbelhieb, sie stürzte bewußlos zu Boden. Wehliche Fälle gab es ohne Zahl. An der Dwerskajastraße sind 10 Personen, an der Leontjewskajastraße aber etwa 150 Personen verhaftet worden.“

An anderen Tagen haben sich wieder um dieselbe Zeit in dieser Gegend große Menschenmassen angelammelt, die eine äußerst aufgeregte Stimmung zeigten. Trotzdem diesmal weder revolutionäre Lieder ertönten, noch Fahnen zu sehen waren, hat die Polizei abermals von der blanken Waffe rücksichtslos Gebrauch gemacht. Es mußten von den Sanitätsstationen Hilfswagen herbeigezogen werden. Veritene Kosaken sprengten die einzelnen Gruppen auseinander. Am alten historischen Palast der Moskowiter Jaren im Arzawl versammelte sich eine Gruppe von 200 Arbeitern, von denen einer vor einem Publikum aus einigen hundert Personen die folgende lakonische Resolution verlas: „Wir, Arbeiter von 22 Fabriken, proklamieren von der Freitreppe des Kremischen Palastes den bevorstehenden Untergang der Alleinherrschaft, sowohl wie den Kampf für das Reich der Freiheit und des Sozialismus.“ Die Demonstranten konnten sich hier ruhig entfernen, da die Polizeistationen nicht zur Stelle waren, um die Anrede würdig zu vertreten. Es sei noch bemerkt, daß die oben geschilderte Demonstration von dem Moskauer Komitee der „Sozialistisch-revolutionären Partei“ organisiert worden war.

Ein Generalkrieg in dem Baltischen Industriegebiete.

Die Zeitung „Kawkas“ vom 31. Dezember bringt die folgende offizielle Darstellung eines auf dem Kaukasus entbrannten Kampfes: „Am Montag, den 28. Dezember, um 6 Uhr morgens begann im Baltischen Industriegebiete ein Arbeiterstreik. Die Arbeiter unterbrachen durch Beschädigung der Telephonlinien den Fernsprechverkehr zwischen Waku und Valachan. Im Kalpisch-Schwarzmeer-Betriebe wurden die Maschinen beschädigt. In den Betrieben in Bibi-Eibat hat auch ein Streik begonnen. Hier haben die Arbeiter den Dampf aus den Dampfesseln und entfernten sich trotz der sofort erteilten Befehle. An den folgenden Tagen nahm der Streik an Ausdehnung zu. Gegenwärtig hat er sich auf das ganze Industriegebiet in Waku ausgebreitet. Die Zeitungen haben aufgegeben zu erscheinen, die meisten Druckereien arbeiten nicht, die Straßenbahnwagen verkehren nicht mehr. Truppenweise waren die Valachaner Arbeiter in den Betrieben erschienen, verlangten Einstellung der Arbeit und Herauslassung des Dampfes aus den Dampfesseln, aber sobald die Polizei erschien, zerstreuten sie sich rasch. Bis jetzt ist es noch nicht zu besonderen Konflikten zwischen den Streikenden und der Polizei und dem Militär gekommen; nur einem Schuhmann ist durch einen Revolvererschuß der Lebersteher durchschossen worden.“

Eine spätere Meldung vom 2. Januar besagt, daß der Aufstand sich noch ausbreitet. Die Arbeit ist in den Werkstätten der Orientgesellschaft und der Kompagnie Kachschode sowie in der Zabalgesellschaft eingestellt worden. In der Nähe von Bibi-Eibat und Valachan wurden Versammlungen abgehalten; an einer derselben nahmen gegen 3000 Arbeiter teil; als die Polizei erschien, kehrten die Teilnehmer gruppenweise nach Valachan zurück. Eine Anzahl Personen wurden verhaftet, bis auf 14 aber wieder entlassen.

Im Sommer des Jahres 1903 war ein Massenstreik in Waku der Ausgangspunkt der gewaltigen Massenstreiks, die nacheinander eine Reihe der südrussischen Städte: Tiflis, Odesa, Kiew,

Jelaterinoslaw erfaßte. Sollte auch diesmal die Bewegung ähnlich ansetzend auf andere Industriezentren wirken, so würde sich für unsere russischen Genossen dort ein besonders dankbares Tätigkeitsfeld eröffnen — es ist anzunehmen, daß die Bewegung sich bei entsprechender Agitation aus einer wirtschaftlichen in eine gegen den Absolutismus gerichtete verwandeln ließe.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Die Einigungsverhandlungen in der Holzindustrie.

Die Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes, die gestern abend in Kellers Saal tagte, hatte sich mit dem Vertragsentwurf zu befassen, welcher den vor dem Einigungsamt schwebenden Verhandlungen zugrunde liegt. Jeder Teilnehmer der Versammlung erhielt zum Zweck eingehender Diskussion ein gedrucktes Exemplar des Entwurfs. Der Entwurf sieht zunächst die Einsetzung einer paritätischen Schlichtungskommission unter unparteilicher Leitung vor, und gibt detaillierte Anweisungen über die Handhabung der Geschäfte der Kommission. Als Aufgaben der Kommission werden angeführt: Regelung von Differenzen, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen; Herbeiführung eines Einverständnisses über die Art und Weise der Arbeitsvermittlung (hierzu gehört die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zum 1. Juli); Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen den Parteien bei Streitigkeiten von prinzipieller Bedeutung (dazu gehören: Veränderung der Arbeitszeit, Einführung von Tarifverträgen, Regelung der Kostgeldfrage und der Lohnverhältnisse sowie Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen). Ferner enthält der Entwurf die schon bekannte Bestimmung über die Lohnfestsetzung bei neuen Mustern. Weiter wird bestimmt: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 52 Stunden; das Kostgeld beträgt bei einem durchschnittlichen wöchentlichen Affordverdienst von 26 M. — 24 M., bei 31 M. — 27 M., bei 35 M. — 30 M. In den Betrieben der vertragsschließenden Arbeitgeber bleiben, unbeschadet der freien Vereinbarung, die Löhne und die Arbeitsbedingungen bestehen, welche am 1. Oktober 1904 maßgebend waren. Häufigere Bedingungen wie die im Verträge vorgezeichneten bleiben bestehen. Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Vertragsentwurfs.

Die Versammlung begann damit, daß Glöck über die letzten Verhandlungen vor dem Einigungsamt berichtete und die Anwesenden ersuchte, ihre Ansichten über den Entwurf zu äußern. Er bemerkte unter anderem, daß die Vertreter der Arbeiter bei den Verhandlungen natürlich weitergehende Forderungen gestellt haben, wie sie der Entwurf enthält. So hätten sie namentlich gefordert, daß nach erfolgter Einigung die Streikbrecher entlassen werden. Die Meister hätten dazu erklärt, sie würden unter keinen Umständen auf diese Forderung eingehen, sondern den Vertrag ablehnen, wenn die Arbeiter auf Entlassung der Streikbrecher bestanden. — Ferner hätten die Arbeiter gefordert, daß die noch schwebenden Kontraktbuchprojekte zurückgezogen und den Arbeitern, die bereits verurteilt sind, die Strafgebühren zurückgezahlt werden. Die Meister hätten zugestimmt, daß sie in diesem Sinne auf ihre Kollegen einwirken würden, ohne die betreffende Bestimmung im Verträge aufzunehmen.

Im Laufe der Diskussion teilte Stusche mit, daß die Anzahl der Betriebe, in denen, wie am Schluß der Einigungsung bemerkt wurde, unbedeutende Forderungen vorliegen, auf 72 angewachsen sei. Ein erheblicher Teil dieser Betriebe habe die Forderungen bereits ohne Umstände bewilligt, andere bögenen hätten die Kommission zurückgewiesen, weil der Vorstand der freien Vereinigung an die betreffenden Meister geschrieben habe, sie sollten sich auf keine Verhandlungen mit den Gesellen einlassen. Verschiedene Meister hätten allerdings der Kommission erklärt, sie solle wiederkommen, wenn die Einigungsverhandlungen am Dienstag keinen Erfolg haben.

Auf Beschluß der Versammlung wurde zunächst ausschließlich darüber diskutiert, ob man an der Forderung: Entlassung der Streikbrecher, festhalten solle, da ja an dieser Frage das Schicksal des ganzen Vertrages hänge. Es wurde festgestellt, daß es sich im ganzen um 230 bis 240 Streikbrecher in 58 Betrieben handelt. Nach gründlicher Aussprache beauftragte die Versammlung die Ortsverwaltung, die Verhandlungen fortzusetzen und das endgültige Resultat derselben den Vertrauensmännern zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die IV. Konferenz der freien Vereinigung der Rosaliffliesenleger Deutschlands fand unter Anführung der freien Vereinigung der Fliesenleger Berlins und Umgegend in den letzten Tagen des vergangenen Jahres zu Hannover statt, um hauptsächlich über ein einheitliches Statut zu beraten, durch welches die einzelnen Organisationen einen festeren Halt aneinander gewinnen sollen.

Vertreten waren: Berlin durch sechs Delegierte, und zwar der alte Verein durch drei inklusive des Vertrauensmannes, die freie Vereinigung ebenfalls durch drei, Hannover, München, Bochum, Dortmund, Hagen und Elberfeld-Barmen durch je einen Delegierten. Dresden und Essen waren durch den Vertrauensmann Wegner-Berlin vertreten.

Aus dem Bericht der Delegierten war zu entnehmen, daß das Afford- und Zwischenmeisterwesen vielfach den Hemmschuh der Organisation bildet. In Essen ist die Organisation durch die Agitation des Zentralverbandes der Maurer bis auf fünf Mitglieder zusammengeschrumpft. Aus dem Bericht der Berliner Delegierten ging hervor, daß man sich einmütig der Hoffnung hingabe, durch Verschmelzung beider am Orte bestehenden Organisationen dem immer mehr auftauchenden Subunternehmertum entgegen wirken zu können. Die Massenverhältnisse in Berlin, Dortmund und Hagen seien gute zu nennen.

Unter Rechnungslegung und Bericht der Geschäftskommission beleuchtete Wegner unter anderem in kurzen Zügen den Dortmunder Streik. Im Mai kam von dort die Meldung, daß die Unternehmer verschiedene Punkte in dem vereinbarten Lohnvertrag zurückgelassen um 40—50 Prozent reduziert hätten, infolgedessen die Kollegen auf Straßenspalt geworfen wären, weil sie diese Maßnahmen nicht anerkennen wollten. Aus dem ständewöchentlichen Kampfe gingen sie als Sieger hervor. Die Gesamtabrechnung April-Dezember ergab eine Einnahme von 3486,84 M., eine Ausgabe von 2877,44 M. und somit einen Bestand von 609,40 M. Die Mitgliederzahl betrug laut gedruckt vorgelegtem Rechenschaftsbericht 350. Von der freien Vereinigung der Fliesenleger Berlins und Umgegend konnte noch keine Abrechnung vorgelegt werden, da dieselbe erst nach Schluß des Jahres aufgestellt werden wird. Die Vertreter derselben erklärten, daß sich die Mitgliederzahl auf 130 belaufe und daß der Kasseebestand zirka 2000 M. betrage.

Zum Bericht über die Einigungsverhandlungen in Berlin führte Glöck folgendes aus: In Berlin bestehen drei Organisationen: der alte Verein mit zirka 150 Mitgliedern, die freie Vereinigung mit 130 Mitgliedern und die erst seit kurzem ins Leben gerufene Sektion der Fliesenleger im Zentralverband der Maurer. Seitens der Anhänger des Zentralverbandes versuchte man die anderen beiden Organisationen zum Anschluß an den Zentralverband der Maurer zu gewinnen, wozu auch im April von jener Seite eine öffentliche Versammlung anberaumt wurde. Das Resultat dieser Versammlung war, daß eine Einigungskommission gewählt wurde, welche über geeignete Vorschläge, die zu einer einheitlichen Organisation führten, beraten sollte. Zu dieser Einigungskommission hatte jede Richtung je drei Vertreter entsendet, welche in den einzelnen Vereinsversammlungen gewählt waren. Püttlich als Obmann nahm die Sache kräftig in die Hand, so daß schon am 12. Mai die erste Sitzung stattfand. Die Vertreter der Sektion führten ihre Unterstützungsansprüche lebhaft ins Feld, wogegen die freie Vereinigung einen Vorschlag machte dahingehend, daß alle drei Organisationen sich auflösen und die Fliesenleger sich dann eine neue einheitliche Organisation auf selbständiger Grundlage gründen sollten. Dieser Vorschlag fand die größte Zustimmung und wurde daher von Seiten der freien Vereinigung sowohl wie vom alten Verein mit allem Nach-

druck vertreten. Um es den Anhängern der Sektion möglich zu machen, sich der neu zu gründenden Organisation anzuschließen, waren die Vertreter der anderen beiden Richtungen gar nicht abgeneigt, Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nachzusuchen und den „Grundstein“ als obligatorisches Organ anzuerkennen. Zu diesem Zweck hatte Püttlich eine Sitzung mit der Generalkommission ertwakt, in welcher dann die drei Richtungen durch je einen Vertreter vertreten waren. Es kam aber zu keiner Verständigung. Püttlich (alter Verein) und Niemann (freie Vereinigung) bestanden auf der in ihrem Vorschlag betonten Selbstständigkeit und zum Ueberflus legte der Vorsitzende des Berliner Zweigvereins der Maurer, Silberschmidt, Protest ein gegen den etwaigen Anschluß der Fliesenleger an die Generalkommission, da er dieselben als eine Konkurrenzorganisation ansehe. Eine weitere Sitzung beschloß sich dann mit dem Scheitern dieses Planes und wurden sich die Vertreter, außer der Sektion, darüber einig, auf Grund des Vorschlages der freien Vereinigung weiter zu verhandeln. In der Sitzung kam es dann zum vollständigen Zurücktreten der Zentralisten, worauf die anderen beiden Richtungen ohne dieselben weiter verhandelten, was von ihren Auftraggebern gutgeheißen wurde. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war dann eine von beiden Seiten ausgearbeitete Vorlage eines Gesamtstatuten-Entwurfs, welcher am 10. Oktober einer öffentlichen Versammlung zur Anerkennung vorgelegt wurde, nachdem die einzelnen Vereinsversammlungen genügend Kenntnis davon genommen hatten. Die Versammlung stimmte dem von der Einigungskommission vorgelegten Statuten-Entwurf zu. Sie erkannte zugleich die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses durch die Zentralisierung der Berufsorganisation an und sprach die Hoffnung aus, daß auf der nächsten Konferenz der Fliesenleger Deutschlands der Statuten-Entwurf die Zustimmung der Delegierten ebenfalls findet.

Die Konferenz nahm nach erfolgtem Bericht folgende von Püttlich eingebrachte Resolution einstimmig an: „Die anwesenden Delegierten erkennen das Verhalten der Vertreter der freien Vereinigung Berlins und der Vertreter unseres Berliner Vereins sowie unserer Zentralisationsleitung bei den Einigungsverhandlungen mit der Sektion des Maurerverbandes und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als korrekt und richtig an und drücken hierdurch ihre Zustimmung zu demselben aus.“

Bei der Begründung und Beratung des vorgelegten Statuts wurde dasselbe unter einigen unwesentlichen Abänderungen gutgeheißen. Nach dem Berliner Vorschlag wurde der Name: „Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands“ einstimmig angenommen. Als Geschäftsleiter wurde einstimmig H. Püttlich gewählt. Die anderen Mitglieder der Hauptleitung werden in Berlin gewählt werden.

Soziales.

Zum Direktor im Kaiserlichen Statistischen Amte (wohl für die neue besondere Abteilung für Arbeiterstatistik) ist Regierungsrat Dr. Jäger ernannt worden. Dr. Jäger, bisher Senatspräsident im Reichsversicherungsamte, ist mehrfach mit Arbeiten über die Versicherungsgegebung hervorgetreten.

Die Auswanderung aus Norwegen. Im Jahre 1904 sind 22 241 Norweger aus ihrem Heimatlande ausgewandert; im Jahre 1903 waren es 26 784. Der geringe Rückgang kann kaum als ein Zeichen der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse aufgefaßt werden. Wie die furchtbare Krise, die jetzt noch mit unerminderter Gewalt auf Norwegen lastet, gewirkt hat, lernt man daran, daß im Jahre 1897 die Zahl der Auswanderer nur 4639 betrug, 1900 auf 10 931 gestiegen war, 1901 auf 12 745 und 1902 auf 20 343. Die Bevölkerungszahl Norwegens wurde Ende des Jahres 1903 auf 2 267 000 berechnet; im Verhältnis dazu ist die Zahl der Auswanderer ganz außerordentlich groß.

Aus der Frauenbewegung.

Eine wackere Genossin, Johanna Höpner, ist am 3. Januar in Frankfurt a. M. nach kurzem Krankenlager im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung gestorben. Die Partei verliert an ihr eine treue und opferfreudige Genossin. Unermüdet war sie tätig für Aufklärung unter den Frauen und Arbeiterinnen. Seit Jahren gehörte sie der Organisation der Richtigerwerblichen an. Sie war eine der ersten von den „Ältern“, die dem Rufe nach einer Neugründung eines Frauenvereins folgten und setzte nie, wenn es galt für unsere Sache zu arbeiten. Trotz ihres hohen Alters ließ sie es sich nicht nehmen, ihr Teil Flugblätter und dergleichen zu verbreiten. Möge die Opferfreudigkeit, der Fleiß, die Ausdauer der Verstorbenen anfeuernd auf die Jüngeren wirken, ihre nachzustreben im Kampf um Freiheit und Recht. So bewahren wir ihr das beste Andenken.

Adlerhof. Der Verein für Frauen und Mädchen hält Montag, den 9. d. Mts., Punkt 8 Uhr, seine regelmäßige Mitgliedserversammlung im Lokale von Wöllstein ab. Frau Jecke-Niedorf spricht über das kleine Gehirn der Frau.

Eingegangene Druckschriften.

Wer soll den Kanal bezahlen? Von D. C. Wollleben. Verlag Westdeutscher Schriftenerverein, Köln. Preis 30 Pf.

Zur Bergarbeiter-Bewegung im Ruhrrevier.

Dortmund, 6. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Eine Versammlung der Bergarbeiter beschloß, das Einigungsamt anzunehmen. Wenn die Steiger morgen früh nicht verpflichtet werden, bis Dienstag allen Deuten Kohlen zu liefern, wird Sonnabend nicht angefahren. Sache und Hausmann wurden in das Einigungsamt gewählt. Eine von 2000 Mann besuchte Versammlung in Neumühl beschloß eine Solidaritätserklärung. Stürmisch wurde der Kampf gefordert. Der Christliche Verband erklärte sich mit der Belegschaft von „Bruchstraße“ solidarisch. Es wurden Gegenforderungen gestellt.

Langendreer, 6. Januar. (W. Z. B.) In einer heute abend abgehaltenen Versammlung der Belegschaft der Morgenstraße der Zeche „Bruchstraße“ berichtete die Kommission über die Verhandlungen mit dem Ober-Vergamte. Die Versammlung beschloß nach lebhafter Debatte, dem Rate des Ober-Vergamtes zu folgen und das Berg-Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Als Vertreter der Belegschaft wurden der Reichstags-Abgeordnete Sachse und der Knappschaftsälteste Hausmann gewählt. Nach weiterer stundenlangender Debatte wurde beschloffen, am Sonnabend früh nicht einzufahren, wenn die Zeche sich weigert, Hausbrandkohlen an die Belegschaft zu verabsorgen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ministerkrise.

Kopenhagen, 6. Januar. (W. Z. B.) Nachdem der Kriegsminister am 24. Dezember v. J. dem Ministerpräsidenten seinen Wunsch mitgeteilt hatte, zurückzutreten, haben heute, wie „Mikens Bureau“ erfährt, auch der Kultusminister, der Landwirtschaftsminister, der Minister des Innern und der Justizminister ihr Abschiedsgesuch eingereicht.

Partei-Nachrichten.

Der Polizei-Eifer im Saarrevier hat schon seine ersten Niederlagen zu verzeichnen. Wegen Verbreitung der Broschüre „Saarabien vor Gericht“ hat die Polizei nicht weniger als 37 Parteigenossen angezeigt, weil sie durch die Verbreitung eine Polizeiverordnung über die Sonntagsfeier übertreten haben sollten.

Die „Clenden“ in Magdeburg werden im Stadtverordneten-Kollegium eine Protesterklärung gegen die beabsichtigte Beteiligung der Stadt an dem Kronprinzengedenkstein abgeben; ebenso taten das die Genossen in Kiel.

Partei-Preße. In die Redaktion der Magdeburgischen „Vollstimme“ ist der Genosse Wittma aus Hamburg eingetreten, der bisher dem Vorstande des Verbandes der Freilehrer angehört.

Dankagung. Genossen! Freunde! Ich weiß nicht, womit ich die sympathischen Rundgebungen, die mir bei meiner Entlassung aus dem Gefängnis zu Weihen D.S. zu teil wurden, verdient habe. Ich habe nämlich so viel Begrüßungsbriefe aus ganz Deutschland und aus dem Auslande erhalten, daß ich nicht im Stande bin, auf jede einzelne zu antworten.

Nichtigstellung. Zu dem als Nr. 1 bezeichneten Antrage zum preußischen Parteitag (Siehe Schlussbericht in Nr. 2 des „Vorwärts“ vom 3. Januar) ersucht uns der Genosse Stork, dessen Name mit unter dem Antrage steht, daß er diesen Antrag nicht mitgestellt, sondern ihn nur als Vertrauensmann gegengezeichnet hat, um die Antragstellerin Löwenherz zu legitimieren.

Haus Industrie und Handel.

Der rheinisch-westfälische Kohlen- und Koksmarkt hat in der zweiten Hälfte des vorigen Monats sich wiederum günstiger gestaltet, namentlich waren die Verladungen an den sieben Arbeitstagen vom 16. bis 23. Dezember recht umfangreiche und betragen in diesem Zeitraum 148 107 Doppelwagen zu 10 Tonnen oder arbeitstäglich 20 444 Doppelwagen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres nur 142 227 Doppelwagen, also 20 318 Doppelwagen pro Arbeitstag, gestellt wurden.

Eine neue Schwindsaffäre in der Lederindustrie. Der Direktor Jaderfurth von den Jülicher Lederverken in Jülich ist ins Ausland geflohen. Vorgerufen findet eine Gläubigerversammlung statt. Ueber die Angelegenheit meldet die „Rheinische Volkszeitung“: Die Jülicher Volksbank, die jetzt von der Dürrener Bank erworben ist, ist als Gründerin mit einem größeren Aktienbetrag an den Jülicher Lederverken beteiligt und hat von diesen mehrere Hunderttausend Mark zu fordern.

Kalisyndikat. Im Kalisyndikat bereiten sich Schwierigkeiten vor, welche für die Entwicklung des Syndikats von einschneidender Bedeutung werden können. Zwischen dem Syndikat und der Gewerkschaft Hohensfeld schweben ernste Meinungsverschiedenheiten, da das Syndikat der Gewerkschaft den Lieferungsvertrag vom 16. Juli bezüglich der vorverkauften Salze gelündigt hat.

Die Eisenbahnstatistik Deutschlands, welche alljährlich im Reichs-Eisenbahnamt ausgearbeitet wird, ist für das Rechnungsjahr 1903 soeben im Verlage der Postbuchhandlung von Kistner u. Sohn in Berlin erschienen. Damit liegt der 24. Band dieser interessanten Veröffentlichungen vor.

Ein- und Ausfuhrhandel Ugandas. Während unsere ostafrikanische Kolonie wirtschaftlich kaum vorwärts kommt, macht das britische Schutzbereich Uganda bedeutende Fortschritte. Der Außenhandel Ugandas betrug sich für die Zeit vom 1. April 1903 bis zum 31. März 1904 auf 176 047 Pfund Sterling gegen 94 717 Pfund Sterling im Vorjahre.

Gewerkschaftliches.

Christliche Zitatensammler.

In einer Textilarbeiter-Versammlung zu Gera kam das Vorstandsmitglied des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Wilhelm Höpfel, auch auf die Feinde der Arbeiterbewegung zu sprechen und führte etwa folgendes aus:

Die Tätigkeit der Gegner ist nicht aus den Augen zu verlieren. Gegner hat der deutsche Arbeiter wie keiner auf der Welt. Und sie stehen nicht nur in der Arbeitgeberorganisation, sondern auch in Lohar, Kutte und Uniform, nicht zu vergessen die Kirch-Dunderschen und christlichen Verbände.

Dieser Satz griff das Organ des christlichen Verbandes, der „Christliche Textilarbeiter“, auf und gab den Vorgang in seiner Nummer 53 wie folgt wieder:

Genossen, dreht den Christlichen den Hals um! Diese menschenfeindliche Aufforderung richtete dem Sinne nach Genosse Höpfel-Verlin, Angestellter des „Deutschen“ Textilarbeiter-Verbandes, in einer Versammlung am 4. Dezember zu Gera an seine Gefinnungs- resp. Verbandsgenossen.

Das ist nur ein Beispiel christlicher Zitterkunst. In fast jeder Nummer jedes beliebigen christlichen Blattes wird so Zitate aus der Arbeiterpresse oder Arbeiterversammlungen wenig christlich das Genid umgedreht! Das Wort: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten“, ist von den Leuten, die unter der Maske des Christentums die Geschäfte der kapitalistischen Gesellschaft besorgen, längst zu den Apokryphen geworfen.

Berlin und Umgegend.

Ein Nachspiel zum Müllfuchserstreik.

Bekanntlich hatte die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer während des jüngsten Müllfuchserstreiks durch Agenten eine Anzahl Arbeitswillige aus der Gegend von Landsberg, Arnswalde, Neu-Webel und Driefen für ihren Betrieb anwerben lassen. Versprochen wurde den Leuten damals 4 M. Tagelohn, Befestigung, ausschließlich Mittagbrot, und freies Logis.

Im dem kürzlich abgehaltenen Termin vor der siebenten Spruchkammer unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts Dr. Gehrt ereignete sich nun das Sonderbare, daß Uthoff vom Gericht als Vertreter der Kläger abgelehnt wurde.

Der Vertreter der Kläger wird mit Rücksicht darauf, daß er in den letzten Jahren zweimal vor dem Gewerbegericht vertreten hat, und deshalb nach Lage der Sache sein Verhandeln als geschäftsmäßig angesehen wird, nicht zugelassen.

Hierzu sei bemerkt, daß Uthoff die angezogene zweimalige Vertretung vor dem Gewerbegericht in einem Zeitraum von nicht weniger wie fünf Jahren ausgeübt hat. Wenn das wirklich schon genügt, ihn als einen Mann anzusehen, der Vertretungen geschäftsmäßig übernimmt, um wieviel mehr dürfte dann die gleiche Tätigkeit des Vertreters einer vielleicht schon Duhende von Rollen verlagten Firma, deren wirklicher Inhaber lediglich aus Bequemlichkeit den Terminen fernbleibt, als eine geschäftsmäßige angesehen werden.

Achtung, Handwerker! In der morgigen Nummer erscheint ein Nachtrag zur Liste der Väterlein, welche die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligt haben.

Deutsches Reich.

Aus Hannover meldet uns ein Privattelegramm, daß nun auch sämtliche übrigen Arbeiter der Drehbankfabrik von Wohlenberg die Arbeit niedergelegt haben.

Von Konferenzen der sächsischen Bergarbeiterführer aus Anlaß der Vorgänge im Ruhrrevier wissen eine Anzahl Blätter zu melden. Wie unser Zwickauer Parteiblatt mitteilt, sind diese Mitteilungen unrichtig.

Das Vorverfahren gegen den Genossen Hecht in Crimmitschau wegen angeblichen Meineides ist jetzt geschlossen. Was in der Affaire weiter geschehen wird, ist noch nicht bekannt.

Ausland.

Die Aussperrung der Tischler in Wien soll sich nach einem Flugblatt der Unternehmer jetzt auf 4000 Gehilfen erstrecken. In Wirklichkeit beträgt die Zahl der Aussperrten kaum die Hälfte.

und Ludwig. Es lament aus diesem Anlaß eine Anzahl Verhaftungen vor.

Der Streik in der Bell-Telephon-Kompagnie zu Antwerpen ist nun allgemein geworden. Am Mittwoch schlossen sich auch die bis dahin noch tätigen Arbeiter dem Streik an, weil die Firma, obgleich Einigungsverhandlungen stattfanden, 23 Streikbrecher eingestellt hatte.

Der belgische Gewerkschaftskongress.

An den Weihnachtsfeiertagen hielt die „Syndicale Commission“, die Zentrale der unabhängigen Gewerkschaften Belgiens, zu Brüssel im Volkshaufe ihre Jahresversammlung ab. 110 Organisationen waren dort durch 150 Delegierte vertreten und außerdem waren fünf sozialdemokratische Vertreter der Kammer, der Senator Hendriks und der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureau anwesend.

Das in Gent erprobte System gewährt alle Garantien hinsichtlich der Wirksamkeit und der Kontrolle des Fonds. Der Arbeitslose darf nicht durch das Reglement verpflichtet werden, Arbeit für einen Lohn anzunehmen, der geringer ist als das von seiner Gewerkschaft festgesetzte Minimum, und er darf ebensowenig verpflichtet werden, die Stelle eines Streikenden zu belegen.

Der Kongress nahm auch eine Resolution an, in der verlangt wird, daß der Staat für guten Sachunterricht sorgen soll. Zu erwähnen ist noch, daß der Kongress das Statut der „Syndicale Commission“ revidierte.

Ein Streik der Streikbrecher von Sörvik. Die zahlreichen Verhaftungen der Streikenden wegen der bedauerlichen Mißhandlung einiger Streikbrecher und die Degeneration der Kapitalistenpresse können selbstverständlich die Sägewerksarbeiter von Sörvik nicht veranlassen, den ihnen durch die Aussperrung aufgezwungenen Ausstand aufzugeben.

Der Ausstand in Batu dauert fort. In Balakam hat am Donnerstag ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Kosaken stattgefunden, wobei sechs Arbeiter und ein Kosak getötet und viele verwundet worden sind.

Achtung, Vereine! Mitte Januar soll der revidierte Vereinskalender veröffentlicht werden. Aufnahme finden nur die Vereine, die bis zum 15. d. M. unter Angabe von Sitzungstag und Lokal darum nachsuchen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Bürgerlaale des Rathauses, Eingang Königsstr. 15-18: Versammlung „Freireligiöse Versammlung“. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Aula, Al. Franzfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Waldemar Hansen: „Gott, die Reformation“. — Abends 8 1/2 Uhr, pünktlich im großen Saale von Waldwin Frantz, Seebahnstr. 39: Weihnachtliche Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Statutenänderung, zweite Lesung, u. a. m. Weiße Taustung legitimiert.

Chirurgische Kranken- u. Sterbefälle Nr. 27. Sonntag, 8. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Schwede, Lindenstraße 110.

Der Raubmord in Moabit.

In der Nacht zum Freitag ist in Moabit ein Raubmord verübt worden. Freitag vormittag wurde die 46 Jahre alte Hauswirtschafterin Witwe Auguste Sinzig, geb. Heinrich, in dem in ihrem Hause Wilhelmshabenerstraße 67 befindlichen Zigarrenladen mit mehreren tiefen Wunden im Gesicht, in einer großen Blutlache liegend, aufgefunden.

Frau Sinzig, die am 4. April 1858 zu Kirchhain geboren wurde und schon länger verwitwet war, erwarb ihr Haus vor sieben Jahren und betrieb ebenso lange ihr Zigarrengeschäft. Sie wohnte für sich allein hinter dem Laden. Ein Bruder von ihr betreibt in ihrem Hause einen Sarghandel. Donnerstag abend um 9 Uhr schloß die Frau wie gewöhnlich ihren Laden und ging dann weg. Weit ist sie wahrscheinlich nicht gegangen, denn sie trug zu dem grauhaarigen Heide, das sie im Laden angehabt hatte, keinen Hut, sondern nur ein schwarzes Kopftuch.

Beilichede in den Kopf

niedergestreckt und getötet wurde. Das Kopftuch war nach dem Genid zurückgeschoben. Die Hände hatte sie wie zum Schutz emporgehoben. Die Haarbüschel waren von den Fingern gestreift. Die linke Wange zeigte in der Höhe des Nasens eine klaffende Wunde mit glatten, scharfen Rändern. Die Wunde ist 7 Zentimeter lang und geht bis in den Knochen. Sie ruht von einem Teil oder Haubt her. In zwei Stellen befinden sich zwei ebenfalls scharfrandige Verletzungen. Die

Sadenkaffe war erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Die Ermordete lebte in guten und wohlgeordneten Verhältnissen. Es ist anzunehmen, daß sie ihre Hypothekendarlehen schon vor Weihnachten geregelt und aus den letzten Mieten mehrere Tausend Mark zu Hause hatte. Die Ermittlungen ergaben zunächst, daß die Schuldnerin der dem Hause gegenüberliegenden Schule in der Nacht gegen 1 Uhr in dem Sinnigen Laden laute Rufe hörte, ohne darauf weiter zu achten. Es wurde auch festgestellt, daß in der Nacht im Laden Licht brannte, das durch die Rufen des Kollvorhanges schimmerte. Wie der Mörder in den Laden gekommen ist, steht noch nicht fest. Der Laden hat an der Straße ein Schaufenster und eine Tür. Der Raum ist durch einen Vorhang in zwei Teile geteilt. Der hintere Teil, ein Aufenthaltsraum, grenzt an einen Korridor, dessen Tür zum Treppenaufgang des Hauses führt. Dahinter liegt noch eine Art Berliner Zimmer mit dem Bett und den anderen Möbeln der Ermordeten. Wahrscheinlich hat der Mörder die Korridortür mit einem Nachschlüssel geöffnet oder er ist der Ermordeten bei ihrer Rückkehr gefolgt. Die Kriminalpolizei hat für zweckdienliche Mitteilungen zu seiner Ermittlung eine

Belohnung von 1000 Mark

ausgesetzt, die ausdrücklich nur für Privatleute bestimmt sind, nicht für die Polizeibeamten. Nachdem die Lage der Leiche und ihre Umgebung durch den Erkennungsdienst der Kriminalpolizei photographisch festgelegt war, öffnete man den Kollvorhang des sehr sauber gehaltenen Ladens, um die Verhältnisse noch genauer zu besichtigen. Die Leiche, die auf dem Waage lag, wurde nun umgedreht und es kamen jetzt noch mehr gräßliche Verletzungen zum Vorschein. Vier Giebel gingen noch quer über das Gesicht, das durch einen in zwei Teile geteilt war. Die Nase und die Kieferknochen sind vollständig durchgeschlagen. Die rechte Hand zeigt eine Abwehrwunde, durch die der Daumen von der Maus fast abgetrennt ist. Blutspuren sind im Boden verhältnismäßig wenig zu sehen. Einige befinden sich an der Wand, vom Eingang rechts gesehen, einer über mannshoch auf einem Zirkusplatz, mehrere am Ladentische, vor dem die Ermordete lag. Wahrscheinlich wurde die Frau am Boden liegend so fürchterlich zugerichtet. Sie ist wohl von ihrem Wohnraum noch einmal nach dem Laden gegangen, hier von dem Mörder, der sich vor ihr gehalten hatte, übertraf und niedergeschlagen worden, als sie nach der Tür lief, um zu entfliehen oder um Hilfe zu rufen. Wo die Ermordete sich

nach 9 Uhr

aufgehalten hat, ist noch nicht ermittelt. Sie trug, als sie um 9 Uhr wegging, nicht ein schwarzes Tuch, wie es erst hieß, sondern einen schwarzen Samtumschlag mit schwarzem Besatz. Es wird vermutet, daß Frau Sinnig sich nach Geschäftsschluß nur nach dem kleinen Tiergarten begeben hat, um die frische Luft zu genießen. Nach Aufnahme des Befundes ordnete die Staatsanwaltschaft an, daß die Leiche alsbald nach dem Schauhaus gebracht wurde, wo gestern nachmittag noch die Obduktion stattfinden sollte. Nach der Ueberführung der Leiche wurde mit der Feststellung des Nachlasses begonnen, um so bald als möglich zu erfahren, was geraubt worden ist. Alle Leute, mit denen die Ermordete verkehrte, wurden, so weit sie ermittelt werden konnten, schon gestern vormittag vorgekommen, ebenso die Leute aus dem Hause. Von diesen bekundeten einige, daß Donnerstagabend um 11 Uhr entgegen der Gepflogenheit die Haustür aufgestanden habe. In der Nacht zwischen 12 und 1 Uhr will man auf der Straße aus Schritte gehört haben, als wenn irgendwo Einbrecher an der Arbeit gewesen wären. Jemand einen bestimmten Anhalt zur Ermittlung des Täters hat die Kriminalpolizei noch nicht gewonnen. In Raabit herrscht wegen des Verbrechens große Aufregung. Ungeheure Menschenmengen sammeln sich immer wieder vor dem Hause der Ermordeten; ein großes Polizeiaufgebot hält sie in Schranken. Die Ermordete war in ihrem Viertel sehr bekannt und gilt als energische Frau.

Nachdem auch eine Gerichtskommission den Tatort besichtigt hatte, wurde die Leiche gestern nachmittag um 3 Uhr nach dem Schauhaus gebracht. Ihre gerichtsarztliche Deffnung, die unverzüglich vorgenommen werden sollte, wurde des schlechten Lichtes auf heute, Sonnabend, vormittag 10 Uhr verschoben.

Aus dem Wohnraum fehlten ein goldenes Armband, das in einem Etui lag, und ein halbes Duzend silberne Schlüssel, die Frau Sinnig vor Jahren einmal an Stelle von Zinsen in Zahlung genommen hatte.

Zu dem Armband und den silbernen Schlüsseln, die in der Wohnung nicht mehr zu finden sind, kommen nach den weiteren Nachforschungen noch eine goldene Uhr und eine Granatbroche. Die Uhr ist eine einfache, sehr glatte, altmodische Remontoiruhr mit einem Blatt, kleinem Springdekel. Dazu gehört eine nicht allzu lange vergoldete grobgliedrige Kette mit Befestigungsring und Franzen-Quaste, wie sie früher von Damen gern getragen wurde. Das goldene Armband ist dünn und lag stets in einem Etui. Die Granatbroche, die Frau Sinnig öfter trug, hat die Form eines Sternes.

Was die

Gepflogenheit der Ermordeten

betrifft, so ist festgestellt, daß sie, wenn sie abends nach Geschäftsschluß noch einmal wegging, den Kollvorhang der Tür nicht herunterließ, sondern die Tür einfach hinter sich abschloß, um bei der Rückkehr durch sie in den Laden wieder einzutreten. Am Donnerstagabend machte sie es wahrscheinlich wieder ebenso. Es ist ermittelt, daß sie nach der Richtung der Augenhausstraße zu wegging. Sie muß aber nach kurzer Zeit wieder zurückgekehrt sein. Zwischen 9¹/₂ und 10 Uhr bereits ging sie an zwei Frauen, die vor dem Hause Nr. 88 standen, vorüber und bot ihnen einen guten Abend. Die Pförtnerin bekundet, daß sie abends beim Auslösen des Gaslichtes in der Wohnung der Frau Sinnig Geräusch gehört habe, ihr Nachbar, Buchbindermeister Bruchmüller, daß kurz vor 10 Uhr der Kollvorhang bereits heruntergelassen gewesen sei. Hiernach wäre Frau Sinnig um diese Zeit schon wieder zu Hause gewesen. Daß sie dann nochmals ausgegangen sein sollte, widerspräche ihrer Gewohnheit.

Wie ein weiterer Bericht mitteilt, hat sich das große Haßweil der Ermordeten, das vernichtet wurde, gefunden. Es war mit allerhand Gerümpel zusammengepackt und stark verrottet. Der Mörder hat es also zur Ausführung der Tat nicht verwendet und muß demnach sein Nordwerkzeug mitgebracht haben.

Die Nachforschungen nach den Geschäfts- und sonstigen Verbindungen der Ermordeten dauerten gestern Abend unter der Leitung der Kriminalkommissare Schnellrath und Leonhardt fort. Frau Sinnig hat sehr viel

Heiratsanträge

erhalten, schriftlich und mündlich. Auch die Heiratsvermittler beschäftigten sich mit ihr. Zu den Leuten, die sich ihr in der letzten Zeit näherten, gehörte auch ein Matrose oder ein Chargierter der Marine, der auch verheiratet ist, sie anzubringen. Alle diese Beziehungen müssen näher untersucht werden, bis jetzt aber haben alle Nachforschungen noch keinen greifbaren Anhalt geliefert.

Die geraubte Uhr ist nach den neuesten Behandlungen eines Uhrmachers leicht kenntlich an einer Röhre am Futter des Wägelkopfes. Das gereifelte Blatt hat ein Schild ohne Gravierung.

Große Mengen Reugieriger sammelten sich gestern den ganzen Abend über vor dem Hause, in dem das Verbrechen verübt wurde.

Bemerkenswert ist, daß sich an den Türen kein Blut gefunden hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Mörder von dem großen Schlüsselbrett der Ermordeten sich auch einen Haus Schlüssel angeeignet und damit nach Verübung der Tat die Tür auf und wieder abgeschlossen hat.

Gerichts-Zeitung.

Ein Hund als Zeuge. Der eigenartige Fall, daß ein Hund als Zeuge vorgeladen wird und auch Zeugengebühren erhält, ereignete sich gestern anlässlich einer Verhandlung vor der siebenten Straf-Kammer des Landgerichts I. Angeklagt war der Möbelpolier Max Steuer wegen Diebstahls im Rückfalle. Steuer, der aus dem Tegeler Gefängnis vorgeführt wurde, ist bereits vielfach vorbestraft. Am 17. August v. J. nachts beobachtete der Schuhmann Djaqerei

in der Nähe des Bahnhofs Börse den Angeklagten, welcher einen wertvollen Vorhund an einer Leine hinter sich her zog. Dies kam dem Beamtin verdächtig vor, er hielt St. an und fragte ihn nach dem Herkunft des Hundes. Da sich der Angeklagte in Widersprüche verwickelte, wurde er fixiert. Die Ermittlungen über die Herkunft des Hundes ergaben, daß er zwei Tage vorher dem Gastwirt Jung in Schlachtensee gestohlen worden war. Steuer behauptete vor Gericht, den Hund in der Bülowstraße als „herrenlos“ aufgegriffen zu haben, während er dem Schuhmann gegenüber andere Angaben gemacht hatte. Da der Vorhund namens „Peter“ vor Gericht zu Rekonstitutionszwecken erforderlich war, so mußte Zeuge „Peter“, allerdings nicht auf der Zeugenbank, sondern unter dieser Platz nehmen. Gleichzeitig mußte Zeuge „Peter“ auch noch in der Zeugenliquidation vermerkt werden, da sein „ständiger Aufenthaltsort“ Schlachtensee ist und er bezw. sein Herr somit Eisenbahngeld zu beanspruchen hatte. „Peter“ hätte es vielleicht nicht ungern gesehen, wenn ihm auch eine „Bezeckung“ in Gestalt einer Wurst bewilligt worden wäre. — In der Sache selbst ließ der Staatsanwalt die Anklage wegen Diebstahls fallen, da nicht festgestellt worden sei, daß St. den Hund selbst gestohlen habe. Immerhin habe sich der Angeklagte der Unterschlagung schuldig gemacht. Wegen dieses Vergehens erkannte der Gerichtshof dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf zwei Wochen Gefängnis.

Eine dunkle Geschichte beschäftigte gestern die siebente Straf-Kammer des Landgerichts I in einer auf Diebstahl lautenden Anklage gegen den Tischlermeister Max Scholke. Als am zweiten Weihnachtstage des Jahres 1901 der Vottägermeister August Kröhnert in seine in der Straßburgerstraße 15 belagene Wohnung zurückkehrte, mußte er entdecken, daß er inzwischen das Opfer eines Einbruchdiebstahls geworden war. Einbrecher waren gewaltsam in die Wohnung gedrungen und hatten außer anderen Gegenständen aus einem Wäschespinde Wertpapiere im Nominalbetrage von 4100 Mark gestohlen. Es befanden sich darunter zwei Aktien der Brauerei von Hülsebein in Höhe von je 1000 M. und mehrere Deutsche Hypothekendarlehen-Pfandbriefe. Die ganze Art und Weise des Diebstahls ließ auf gewerbmäßige Diebe schließen. Die Ermittlungen der Polizei hatten, da niemand die Täter gesehen hatte, anfangs keinen Erfolg. Mehrere Monate später, am 31. Mai 1902, wurde der Dienstmann Meier festgenommen, als er an der Kasse der Hülsebein-Aktienbrauerei auf Grund zweier Dividendenscheine die Dividende erheben wollte. Der Dienstmann hatte den Auftrag zur Einlösung der Dividendenscheine von dem ihm wohlbekannten Angeklagten erhalten, letzterer hatte ihn sogar bis zur Kasse begleitet und erwartete ihn auf der Straße. Meier redete aber der Polizei vor, daß er von einem ihm unbekanntem Manne den Auftrag erhalten habe und behauptete, daß dieser ihn zu einer bestimmten Stunde an der Ecke der kleinen Hamburgerstraße und Elsfasserstraße erwarten wolle. Er hatte die Polizei aber nur genaschirt. Die Sache blieb nun 2¹/₂ Jahre auf einem toten Strang. Am 12. Oktober 1904 wurde der Depositenkassier B der Kommerz- und Diskontobank von dem Inhaber des Leihhauses „Norden“, Louis Wolff, eig. Deutscher Hypotheken-Pfandbrief von 300 M. zur Einlösung präsentiert, der als entwendet verzeichnet war und zu dem bei Herrn Kröhnert gestohlenen Papieren gehörte. Der Pfandleiher hatte dieses Wertpapier von dem Schankwirt Peter Sparhawk in Verpfand genommen, dieser wieder hatte das Papier von Scholke bekommen. Er hatte diesem 70 M. geliehen und dafür das Wertpapier erhalten, um sich Geld daraus zu machen, doch hatte ihn der Angeklagte streng zur Pfllicht gemacht, das Wertpapier nicht zu verkaufen. Die Kriminalpolizei holte sich nun den Angeklagten und dieser behauptete, daß er diesen Hypotheken-Pfandbrief und eine Stadtobligation von seinem verstorbenen Schwiegervater, dem Arbeiter Adolf Meier, der angeblich eine Erbschaft von seiner Tante gemacht erhalten habe. Er besitzt, irgendwelche Kenntnis von einem unerblichen Erwerb der Papiere gehabt zu haben. Als man ihn wegen der Hülsebein-Aktien befragte, leugnete er anfangs auch jedes Kenntnis. Nach seiner Vernehmung ging er aber zu dem Standort des Dienstmannes Meier mit heran, und erzählte ihm, daß er vernommen worden sei und gab ihm eine Mark zum Biertrinken. Nun bekam der Dienstmann Gewissensbisse, ging zur Polizei und gab dort an, daß damals der ihm wohlbekannte Scholke sein Auftraggeber gewesen sei. Erst als dem Angeklagten diese Aussage des Dienstmannes vorgelesen worden war, gab er die Richtigkeit dieser Bekundung zu. Er behauptete, daß er damals im Auftrage seines verstorbenen Schwiegervaters die Hülsebein-Aktien habe einlösen sollen. Sein Schwiegervater habe ihm geraten, die Einlösung durch einen Dritten besorgen zu lassen. — Im festigen Termin wies der Angeklagte den Gedanken, mit dem Diebstahl in irgend einer Verbindung zu stehen, mit Entrüstung zurück und betonte, daß es leicht nachweisbar sei, daß sein Schwiegervater etwa 60 000 M. Vermögen besessen und schon lange nicht mehr gearbeitet haben. — Auf Grund der Beweisaufnahme erklärte Staatsanwalt Vahr, daß der Diebstahl einer Wittäterschaft des Angeklagten bei dem Diebstahl nicht führen könne. Dagegen zeige das ganze Verhalten des Angeklagten, daß dieser den unerblichen Erwerb der Papiere, von denen beide Arten aus dem Diebstahl bei Kröhnert herrührten, zweifellos wohl gekannt habe. Der Staatsanwalt beantragte, ihn wegen Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft, zu verurteilen. — Rechtsanwält Dr. Werthauer bedauerte, daß die Polizei in ihren Ermittlungen in Sachen des Diebstahls bei der Person des Angeklagten einfach Halt gemacht und nicht weitere Recherchen über die Persönlichkeit des Schwiegervaters, dessen Vermögensverhältnisse, seinen Verkehr usw. angestellt habe. Zweifellos sei der Angeklagte an dem Diebstahl in keiner Weise beteiligt, er sei aber auch der Hehlerei nicht überführt. Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß der Diebstahl selbst noch einmal aufgedeckt und festgestellt wird, wie die Papiere in den Besitz des Schwiegervaters gekommen sind. Dem Angeklagten sei die Kenntnis von einem unerblichen Erwerb der Papiere nicht nachgewiesen, und er müsse deshalb freigesprochen werden. — Der Gerichtshof kam zu der Ueberzeugung, daß sich der Angeklagte der Hehlerei schuldig gemacht habe. Sein ganzes Verhalten lasse keinen Zweifel darüber, daß er gewußt habe, daß die Wertpapiere durch eine strafbare Handlung erlangt worden waren. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis ohne Anrechnung der Untersuchungshaft. — Der Angeklagte erklärte, daß er unschuldig verurteilt sei und sich aufhängen würde.

Zwei fahrlässige Kindesstiftungen vor Gericht.

Zu der weiteren Verhandlung gegen die Naturärztin Ribios vor dem Schwurgericht in Tilsit wird die Zeugenernehmung fortgesetzt. Die Mutter des zweiten verstorbenen Kindes, dessen Tod die Staatsanwaltschaft der Behandlung durch Fräulein Ribios zur Last legt, Frau Lippke, wurde zuerst vernommen. Sie erzählt die Krankheit ihres Kindes, das wahrscheinlich an Diphtheritis gelitten habe. Fräulein Ribios habe Rationen verordnet und das Kind massiert. Als der Zustand des Kindes ernste Bedenken erregte, besonders als Fieber hinzukam, erklärte Fräulein Ribios, unter diesen Verhältnissen wäre unbedingt notwendig, einen Arzt zu Rate zu ziehen. Zeuge Kaufmann Talahus-Tilfit ist als Entlastungszeuge geladen. Er bekundet, seine Frau habe an Unterleibsreumatismus gelitten und sei zur vollen Zufriedenheit von Fräulein Ribios behandelt worden. Es trat eine merkliche Besserung ein. Leider sei jetzt ihr Zustand wieder schlechter. Zeuge Wasserbauinspektor Rumland-Tilfit ist ein Freund der Naturheilermethode. Sein Kind, das an einer diphtheritischen Halsentzündung litt, sei von der Angeklagten behandelt und geheilt worden. Einige weitere Zeugenaussagen, teils günstig, teils ungünstig für die Angeklagte, waren ohne erhebliches Interesse. — Die Sektion der Leiche des Kindes Kold haben die Ärzte Dr. Behrendt, Tilfit und Dr. Wandisch am 11. Februar 1902 vorgenommen. Sie fanden in den Lungen eine starke Blutströmung und in verschiedenen Körperteilen, vor allem im Gehirn, eine Blutüberflutung. Kreisarzt Dr. Behrendt kommt zu dem Ergebnis, daß der Tod des Kindes Kold durch Ersticken eingetreten ist. Er sieht das Heilverfahren der Angeklagten als einen groben Verstoß gegen die

anerkannten und allgemein üblichen Regeln der medizinischen Wissenschaft an und meint, jeder Arzt, der bei Diphtheritis nicht Heilserum verwende, begehe eine grobe Fahrlässigkeit.

Die Angeklagte beantragt die Verlesung sämtlicher eingeholten medizinischen Gutachten. Das Gericht gab dem Antrage statt. Dr. Lahmann-Dresden steht auf dem Standpunkt, daß die Handlungen der Angeklagten nicht ursächlich für den Tod zu sein brauchen. Serum sei keineswegs das vielgepriesene Heilmittel. Der Ribios fehle nur die nötige Schulung und Erfahrung. Das liege aber nicht an der Angeklagten, sondern an der Gelehrtenbildung, die jedem die Erlaubnis gebe, zu praktizieren. Zu beklämpfen sei die Ansicht, daß die Nichtanwendung von Serum bei schwerer Diphtheritis eine Fahrlässigkeit sei. Die sanfte Halsmassage war nicht nötig, habe aber auch nicht geschadet, kurz, im Falle Kold habe die Ribios die allgemein für sachgemäße Heilung der Diphtheritis erforderlichen Handlungen ausgeführt.

Der zweite Sachverständige, Dr. Max Böhm-Friedrichsroda, vertritt denselben Standpunkt.

Dr. Spohr-Frankfurt a. M. führt aus: Die Verbreitung der Naturheilermethode sei verursacht worden durch die erschreckende Mangelhaftigkeit der Leistungen des Arztstandes. Manche Laie verfielen heute mehr wie ein Arzt. (Bewegung.) Die Anwendung der Luft- und Sonnenbäder, der Massage, der vegetarischen Diät usw., kurz, die methodische Anwendung dieser Heilmittel verdränge die Welt der Bewegung von Laien. Nach seinen Erfahrungen reiche die Behandlung der Ribios für die Mehrzahl der Diphtheritiker vollständig aus. — Es wird hierauf das Gutachten des Berliner Universitätsprofessors Geh. Medizinrat Dr. Schweninger-Gr.-Richterfeld verlesen. Die Verlesung dauert circa 2 Stunden. Im Anfang rechtfertigt Schweninger diese ungewöhnliche Länge. Allein der Fall sei typisch und verdiene deshalb ein erhöhtes Interesse. Die beiden Richtungen, die es heute gebe, befähigten sich auf heftige, anstatt sich zu ergänzen. Eigentlich müßte dieser Streit zwischen den beiden Ärztesystemen ein Streit sein der Gelehrten. Aber das sei er nicht, vielmehr ein elender Konkurrenzstreit, in dem sich zwei feindliche Lager schroff und unversöhnlich gegenüberstünden, die sich gegenseitig zu vernichten trachteten. Er beweist ausführlich unter Anführung eines ungeheuren sachmedizinischen Materials, daß das Kind Kold nicht an Ersticken, sondern an Herzschlagung, an einem Herzschlag gestorben sein muß. Eine Fahrlässigkeit in der Behandlung kann er der Ribios nicht absprechen, dagegen antwortet er auf die Frage der Schuld an dem Tode des Kindes in bezug auf die Angeklagte mit einem Klipp und klaren Nein. Das Kind war krank und wäre nach menschlicher Voraussicht auch nach einer Seruminjektion dem Tode erlegen.

Die Verhandlung am Mittwoch begann mit der Verlesung des Gutachtens des Obermedizinalkollegiums in Königsberg a. Pr., das sich gegen die Ausführungen Schweningers wendet. Die rein wissenschaftlichen Ausführungen des Kollegiums gipfeln in folgenden Thesen: Die Obduktion der Leiche der Elisabeth Kold haben mit vollem Recht auf Ersticken geschlossen. Die Angeklagte Ribios hat schwere ärztliche Fehler begangen. Daß sie überhaupt an die Behandlung der Diphtheritis heranging, lasse auf ihre sittliche Minderwertigkeit schließen, strafbar habe sie sich nicht gemacht. Im übrigen schließt sich das Obermedizinalkollegium in allen Einzelheiten dem freisärglichen Gutachten an. Troß der vielen Fehler kann das Obermedizinalkollegium aber nicht mit Bestimmtheit feststellen, daß infolge dieser Fehler der Tod eingetreten ist. (Bewegung.) Der Tod kann auch bei völlig korrekter Behandlung eintreten. — Das Obergutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinwesen in Berlin ist ebenfalls der Ansicht, daß die Kinder Kold und Lippke an Ersticken durch Diphtheritis gestorben sind. Die Angeklagte habe ein grobes, fahrlässiges Verfahren beobachtet. Die Krankenuntersuchung war mangelhaft. Wertwürdig sei, daß die Angeklagte die Regeln der Naturheilermethode nicht eingehalten habe, denn bei Wöhen, die Quelle, auf die sich Fräulein Ribios ja stütze, findet sich unter „Diphtheritis“ kein Wort über Massage. Sie hat sich also selbst vom Standpunkt der Naturheilermethode aus der Fahrlässigkeit schuldig gemacht. Ein grobes Verfehlen der Angeklagten ist, daß sie die Ausführung ihrer Anordnungen nicht gewissenhaft kontrolliert hat. Das beruhe deshalb eigenartig, weil sonst die Vertreter der Naturheilermethode in dieser Beziehung sehr gewissenhaft sind, ja meist die Durchführung ihrer Manipulationen selbst vornehmen. Freilich, ob durch die Verfehlungen der Ribios der Tod der beiden Kinder herbeigeführt ist, lasse sich nicht beweisen.

Der Staatsanwalt beantragte am Schluß seines Plaidoyers gegen die Angeklagte Ribios sechs Monate Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 6. 78. 1. bis 3. Benutzen Sie für Ihre Zwecke nachstehende Aufgaben: Wilhelmstr. 117. Unentgeltliche Impfungen Sonntags 12-1. — **Mierecken.** Nur der Bergesse ist tot. — **Platz der Sonne.** Der „Vandertag“ zwischen dem Reich und China über Kaufshou wurde am 5. Januar 1905 abgeschlossen. — **Unwühler.** Deutsche Bank, Mauerstraße. — **Beilä.** Ein solcher Körper geht wegen seiner spezifischen Schwere unter allen Umständen bis auf den Grund nieder. — **Berlin 55.** 1. bis 7. Wenden Sie sich an den Seminarvikar oder den Leiter der Präparande; beide Große Friedrichstr. 235. — **Grete B.** Das dürfen Sie am besten in einer beliebigen Reparatur-Werkstatt für Fahrräder erfahren können. — **Wismar-Rigdorf.** Spezifisch Redtenbacher'sches! — **Schreiben Sie doch an die Redaktion der „Medizin. Weltztg.“** Postkod. Dobranerstr. 6. — **Laufige Nacht.** Wir können leider nicht ausweichen. — **A. B. 100.** 1. Aus allen Parteien. 2. Die Anzahl in der Kommission richtet sich nach der Stärke der Fraktion. 3. Vorschneider der Abg. Stokmann. — **B. D.** 1. Der eigentliche Vorentwurf nahm seinen Anfang mit der Ueberführung der Grenze von Natal am 11. Oktober 1899. Nach heftiger Gegenwehr wurden die Buren am 31. Mai 1902 zu dem unglücklichen Frieden von Pretoria gezwungen. — **Flombe.** Wenden Sie sich an Herrn Köstler, R. d. R. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Näheres hierüber nicht bekannt. — **1333.** Rein. — **Paris.** Blaugul starb am 1. Januar 1881; er war fogelartiger Revolutionär. — **8642.** Ja. — **Thiele.** Wir bitten Sie, die geschätzten Mitgländer zunächst in Ihrer Gemeinschaft zur Sprache zu bringen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7¹/₂ bis 9¹/₂ Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.
Paul 25. Die Hundsteuer ist in Berlin für jeden Hund zu entrichten, welcher im Gemeindebezirk von Berlin gehalten wird und ein Alter von drei Monaten erreicht hat. Wer einen Hund anschafft oder in den Besitz eines solchen gelangt, muß diesen binnen acht Tagen zur Besteuerung anmelden oder Steuerfreiheit nachsuchen. Die Steuer beträgt 20 Mark und wird in zwei halbjährigen Terminen, und zwar für den Zeitraum 1. April bis 30. September bezw. 1. Oktober bis 31. März erhoben. — **Preisgeld.** Eine Klage wäre ausfallslos. — **1000.** Durchaus mit Recht erachten Gerichte eine gegen den Mann ausgesprochene Räumung auch dann für rechtmäßig, wenn beide Eheleute den Vertrag unterschrieben haben. — **R. G.** Zweck Austritts aus der Landeskirche teilen Sie dem Amtsgericht Ihres Wohnortes mit, daß Sie austreten wollen, begeben sich dann ohne Anforderung innerhalb 4-6 Wochen nach Eingang Ihres Antrages auf das Amtsgericht und erklären dort Ihren Austritt zu Protokoll. Formulare erhalten Sie durch die Buchhandlung Vormärk, auch in der Buchhandlung Blumenstr. 14. Haben Sie diesen mündlich oft an dieser Stelle erteilten Rat befolgt und hat das Amtsgericht Ihren Antrag aufzunehmen abgelehnt, so legen Sie Bescheid ein. — **Amateur.** Die Firma hat sechs Wochen lang das Gehalt für den Fall einer Krankheit zu zahlen. Bevor Sie den etwas ungeschickten Brief veranlassen, hätten Sie in der Sprechstunde oder schriftlich Rat einholen sollen. Nummer sollte Ihre Drang durch Brief klarstellen, daß Sie nicht ausgetreten sind und ihr Gehalt verlangt. — **S. G. 110.** 1. Rein, es ist ein weit verbreiteter, aber großer Irrtum, daß man von einem Vertrage innerhalb 24 Stunden zurücktreten könne. Ist der Vertrag geschlossen, so ist eine Rückgängigmachung nur mit Zustimmung des anderen Teils möglich. — **B. O. 26.** Wollen Sie eine Beileidigungsgeld anstellen, so müssen Sie zunächst, falls der Beleidigte in derselben Gemeinde wohnt, Schlichter beantragen. Die Klage selbst ist innerhalb drei Monaten nach erlangter Kenntnis von der Beileidigung dem Amtsgericht einzurichten. Beispiele für Beileidigungsklagen zu finden Sie in dem in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“ S. 600. — **A. G. und H. G. 30.** Voraussetzung für Erlangung einer Invalidenrente ist zunächst, daß mindestens 900 Markten geltend sind. In dieser Voraussetzung erfüllt, steht demjenigen eine vorläufige Rente zu. Infalliditäreute ist, der während 26 Wochen ununterbrochen Beispiel infolge Krankheit erwerbsunfähig ist; diese Rente ist für die Zeit

noch endauernde Erwerbsfähigkeit zu zählen. Ein Anspruch auf dauernde Invalidenrente steht dem zu, der erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes ist, das heißt: nicht mehr imstande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter völliger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. — S. 2. 30. 1. Nur die Jugendrenten zu einer dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Hälfte befreit von dem Beitrage zu der Zwangsrente. Die Rente, deren Leistungen die beschreiben, ist keine solche, sondern eine Zuschussrente. 2. Seit 1900 kann für eine länger zurückliegende Zeit als zwei Jahre nicht mehr nachgeholt werden. Ist bei Ihnen zu wenig gefehlt und wird Ihnen deshalb die Invalidenrente abgesprochen, so steht Ihnen ein Schadenersatzanspruch gegen Ihren Arbeitgeber zu. Schlichter ist es, in solchem Falle selbst nachzugehen. Nähere Darlegungen finden Sie Seite 249, 487, 608 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. 3. Das hängt von dem Verlauf des Rentenverfahrens ab.

Marktpreise von Berlin am 5. Januar. Nach Ermittlungen des fgl. Vieh- und Schlachtamts. Für 1 Doppel-Jentner: Weizen**, gute Sorte 17,65—17,64 M., mittel 17,63—17,62 M., geringe 17,61—17,60 M. Roggen**, gute Sorte 13,95—13,94 M., mittel 13,93—13,92 M., geringe 13,91—13,90 M. Futtergerste**, gute Sorte 15,90—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,40 M. Hafer**, gute Sorte 16,50—15,60 M., mittel 15,50—14,60 M., geringe 14,50—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M., Speiseerbsen, weiße 50,00—30,00 M. Pinen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Nichtrot 0,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,20 M. Eier per Schale 4,80—3,20 M. *) Preis Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 5. Januar. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 1,91 Meter, bei Magdeburg + 0,64 Meter. — Unstrut bei Straßfurt + 1,25 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,78 Meter, bei Breslau Eber-Begel + 4,90 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,22 Meter, bei Rensfurt + 0,80 Meter. — Weichsel bei Pragmünde + 2,75 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — R. e. e. bei U. g. — Meter.

Witterungsüberblick vom 6. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F. H.	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F. H.
Emmende.	747	SW	2	Dunst	10	Dapranba	742	S	2	bedeckt	-21
Hamburg	749	SW	2	bedeckt	10	Petersburg	747	SW	3	1 wolkenl.	-16
Berlin	749	SW	3	Regen	9	Scilly	762	SW	3	bedeckt	9
Kranf. a. W.	757	SW	3	bedeckt	1	Aberdeen	744	SW	3	Regen	3
München	759	SW	5	bedeckt	1	Paris	761	SW	2	bedeckt	4
Wien	755	SW	7	bedeckt	4						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 7. Januar 1905.
Ziemlich trübe mit Niederschlägen, lebhaften westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 7. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Der Roland von Berlin.
Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches Kaffeehaus.
Berliner. Die Gräfin von Red.
Nachmittags 3 Uhr: Die schöne Melusine.
Reising. Traumulus.
Westen. Wiener Blut.
Nachmittags 3 Uhr: Der Struwwelpeter.
Thalia. Der große Stern.
Nachmittags 4 Uhr: Rag und Rortz.
National. La Traviata.
Zentral. Madame Scherry.
Nachmittags 4 Uhr: Däumelchen.
Neues. Der Graf von Charolais.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater). Familie Schierke.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Heimg'sunden.
Klein. Metra.
Welle. Alliance.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Frau Holle.
Carl Weik. Die Rette um die Erde in 80 Tagen.
Nachmittags 4 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Reising. Herkulespfeile.
Zuffspielhaus. Der Familientag.
Nachmittags 3 Uhr: Das böse Prinzchen.
Trianon. Die glückliche Gilberte.
(Houcrase).
Deutsch-Amerikanisches Rev.-Theater. Robert und Gertram.
Kasino. In Vertretung.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Nyolo. Berliner Luft. Wundersterne. Elektrische Tanzbilder.
Passage-Theater. Bernardi. Will Sänger. Ent. 5 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Spezialitäten.
Gernseld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.
Schwan in 3 Akten v. G. Rabelburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.
Montag, abends 8 Uhr:
Heimg'sunden.

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Sternwarte invalidenstr. 57/62.
Hörsaal:
Tierleben in der Wildnis.

D. CASTAN'S ANOPTICUM.

Friedrichstr. 105.
Neu! Hendrik Witboi.
Neu! Samuel Maharero.
Neu! General Nogi.
!! Kuropatkin !!
Admiral Skrydlow !!

Passage-Panopticum.

9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.
Dor
Riese Machnow
der größte Mensch,
der je gelebt hat!
Ohne Extra-Entree.
Die Prinzessinnen aus Lillput
Willards Fantochoes Theater.

Apollo-Theater.

218 Friedrichstr. 218.
Täglich:
Berliner Luft
von
Paul Lincke
und das hochinteressante Januar-Programm.
Sonntag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr: Ermöglichte Preise:
Venus auf Erden.

Metropol-Theater.

Heute Sonnabend:
Erster großer Metropol-Theaterball
Anfang 11 Uhr.
Alles Nähere besagen die Plakate.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Herren von Maxim.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
NEW-YORK

Kasino-Theater

Lothringerstraße 37 (Rosenthaler Tor).
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Uhr.
Das neue Januar-Programm.
Der beliebte Reumann etc.
Großer Erfolg! Sturm. Heiterkeit!
In Vertretung.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mutter Grabert.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 55.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzügl. deutsch-franz. Konzertfängerin.
Ausgezeichnetes **Lyriska-Duett.**
Fatme, Indische Gauklerin sowie alle übrigen erstklass. Spezialit. Anf. nachm. 7 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Heimg'sunden.
Waldschloßmühle in 6 Bildern von Ludwig Angengrub.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimg'sunden.
Montag, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, den 7. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr:
XI. Grand Soiree. High-Life. Gala-Programm. Neue Debüts.
Ferner: Die beliebte Jugendliche **Frl. Dora Schumann.**
Neu! **Miss E. Stieckny,** Feuertänzerin.
Neu! **Jan Clermont,** der Hofkomi mit seinem Parodie-Diktus. Sämtliche Spezialitäten und Direktor Schumanns neuen, moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr:
Sensationeller Erfolg!
Die große Schumannsche Ausstattungs-Pantomime
Die Perle aller Pantomimen.
Eine Nordlandreise.
Am Strahl der Winternachts-Sonne. Entworfen und auf das glanzvolle in Szene gesetzt vom Direktor Albert Schumann. 7 prachtvolle, phantastisch-komische Bilder.
Sonntag 2 Vorst. Nachm. 3 1/2 Uhr: 1 Kind frei. **Marokko.** Or. Ausstattungs-Pant. Abends 7 1/2 Uhr: **Eine Nordlandreise.** In beiden Vorst. **Jan Clermont** und sämtliche Spezialitäten.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Sonntag: Graf von Charolais.
Montag: Die Morgenröte.

Residenz-Theater.

Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herkulespfeile.
Schwan in 3 Akten von Paul Wilhaud und R. Hennequin. Deutsch von R. Schönan.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Nora.**

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Das glänzende Neujahrprogramm.
Arturo Bernardi
der berühmte italienische Verwandlungskünstler.
Willy Prager
mit ganz neuem Repertoire.
14 neue erstklassige Nummern.

Lustspielhaus

Friedrichstraße 230.
Nachmittags 3 Uhr:
Das böse Prinzchen.
Abends 8 Uhr:
Juni 44. Rolle:
Der Familientag.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kamerad von Zoek. Abends: Der Familientag.

Carl Weiß-Theater.

Große Franzfurter Straße Nr. 132.
Nachmittags 4 Uhr, Kindervorstellung.
Reine Preise:
Sonnabend, Sonntag:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.
Abends 7 1/2 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal **Tanz.**

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.

Drei Mitglieder-Versammlungen

aller Bezirks-Zahlstellen Berlins und der Vororte
Sonntag, den 8. Januar, vorm. 10 Uhr, im Charlottenburger Volkshaus, Rosenstraße 3.
Montag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (gr. Saal), Engel-Ufer 15
und im Gesellschaftshaus, Ewinemünderstraße 42.
Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Verbands. Referenten die Kameraden G. Kabe und S. Knäpfer.
Wünscht aller Mitglieder ist es bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Zirkus Busch.

Die beiden Phänomene
Sisters Amalia und Leonora.
Die Schwendbrant
Miss Claire Heliot.
Katharina II.
und die vorzügl. Programmnummern.

Gebrüder Herrfeld-Theater.

Der
bisher unübertroffene hochlustigste
Herrfeld-Schlager
mit seinen härmisch
bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan in 3 Akten, mit den Autoren in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrfeld.
Anton Herrfeld.
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11—2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute wegen Privat-Festlichkeit
geschlossen!
Sonntag: Die Räuber auf Maria Kulm oder: Die Kraft des Glaubens.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Ball.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Geschlossen.**
Morgen nachm. 3 Uhr: Am Altar.
Abends 7 Uhr:
Das bemooste Haupt.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Rodrich Benedty.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entree 40, Partett 75 Pf., Sperrstg 1 M.

WINDGARTEN

Neues Programm

Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiatoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberer.
Johnson u. Dean, Multaton-Gigerl.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Heute:
Keine Vorstellung.
Gehten Vereinen empfehle meine Festspiele für Hochzeiten und Privat-Festlichkeiten.

Skala-Theater.

Prinzstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Hum-hum oder: Nu ador raus!
Poffe mit Gelang in einem Akt, locale
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Zeen-Palast.
Noch nie dagewesenes Programm.
14 Schannummern 1. Ranges.
8 1/2 Uhr: Novität! 8 1/2 Uhr:
Ein Allerweltswädel.
Burlache mit Gesang und Tanz.
The Ovas, sensationeller Quastl.
Zelleneos Truppe, zum Tanz- und Gesangs-Quartett.
Schmidt-Hawkins, nur Schlager.
Wegen zu großer Reichhaltigkeit des Programms: Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorher **Konzert.**
Entree 50 Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlt Wochentags auf allen Plätzen die Hälfte der gewöhnl. Kassenspreise.

Neues Konzerthaus

Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: **Albert Moerner.**
Täglich: 1631.
Grosses
Curt Goldmann-Konzert

Jeden Abend: Salon-Komiker Oscar Saldow als Dr. Eisenhart.
Kinematograph,
bunte lebende Bilder.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Krug zum grünen Kranze.
Jeden Abend: **Fidelitas.**
K. Ladebeckes humor. Ensemble.
Meine drei Säle sind an Sonntagen bis nachmittags 5 Uhr für Versammlungen zu vergeben.

Otto Fritzkows

Anormalitäten-Ausstellung
Täglich 10—18 Uhr.
240 Reichs-Markstücke

lebender Kuriositäten.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Gedächtnis: 7 Uhr.

Tuchstoffe

zu Anzügen, Bekleidern, Paletots in Restcoupon empfiehlt bedeutend unter Preis
Julius Neumann
Breslau, Carlstraße 49,
2. Haus von der Schweißdörfer Str.

Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 31, Brombergstr. 19/20.
Preise ab Platz:
Sonnabend, Halbsteine p. St. nur 70 Pf.
Sonnabend, Salen-Brik. 6 o. 7 1/2 nur 75 Pf.
Anna, Adler, Marie
Sonnabendberger in Handeln Werke 6 o. 7 1/2 nur 85 Pf.
Hse, Salon-Briketts billig!
Frei Reiser pr. St. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigsten Preisen. 1399.
60 Handwagen verleihe zu Kosten.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert
eleg. Herren-Moden.
Bestellungen n. Maß, tabell. Maß, in eigener Werkstatt.

Spezial-Geschäft

für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Wo? alten Freund!

machen wir am Sonntag hin? Nach Pichelswerder zum
Da ist man immer wie zu Hause.

Achtung! Fabrik-Ausverkauf!

Ich räume mein grosses Lager von 1100b
Ziehharmonikas
prima - prima - Qualität
8, 10, 17, 19, 21- und 35-tönige Instrumente in allen Preislagen, in Einzelstücken und grösseren Posten zu
äußerst billigen Fabrikationspreisen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Genossen und Genossinnen!

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, finden in allen Berliner Wahlkreisen Versammlungen zwecks Bericht-erstattung vom Parteitag der Sozialdemokratie Preußens statt. Um zahlreichen Besuch bitten

Die Vertrauensleute.

Treptow-Baumschulweg. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr, hält der Wahlverein im Restaurant „Sängerheim“, Gehringstr. 14, seinen Zahl- und Bibliothek-Abend ab. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Der Vorstand.

Wilhelmsdamm. Morgen, Sonntagvormittag, Handzettel-Verteilung pünktlich 9 1/2 Uhr von Wilmersdorf aus.

Grünau. Der Wahlverein hält am Sonntagnachmittag 8 Uhr seine Mitgliederversammlung bei Duchaufour, Köpenickerstraße 70, ab. Gen. Kiesel spricht über das Ernterprogramm.

Johannisdahl. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Wendi, Friedrichstraße 1, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Gen. Emil Böse spricht über das Parteiprogramm.

Lokales.

Kronprinzensteuer.

Man schreibt uns: Die Stadtverordneten-Versammlung hat am Donnerstag abend in geheimer Sitzung die Magistratsvorlage betr. die Beteiligung der Stadt Berlin an dem Geschenk der preussischen Städte zu der Hochzeit des Kronprinzen angenommen.

Vor Eintritt in die Beratung hatte Genosse Singer namens der sozialdemokratischen Fraktion die Verweisung des Gegenstandes in die öffentliche Sitzung beantragt, weil kein Grund vorliege, diese Angelegenheit der öffentlichen Besprechung zu entziehen, und es sehr wünschenswert sei, daß die Bürger-schaft sowie die als Empfänger des beabsichtigten Geschenkes interessierten Personen die verschiedenen Ansichten, die sich innerhalb der städtischen Vertretung über die Magistrats-vorlage geltend machen, kennen lernen.

Aus der Versammlung nahm niemand das Wort zu diesem Antrage. Der Oberbürgermeister bekräftigte die Verhandlung in geheimer Sitzung, weil Diskussionen über Geschenke nicht öffentlich sein könnten.

Nachdem der Antrag auf Beratung in öffentlicher Ver-sammlung abgelehnt war, bekämpfte Genosse Singer in energischer Weise die Vorlage, indem er darauf hinwies, daß die sozialdemokratische Partei als Folge ihrer republikanischen Auffassungen sich grundsätzlich nicht an monarchischen Oblationen beteilige. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführung verworf der Redner die Art, in welcher die Mittel für das Geschenk aufgebracht werden sollen und kennzeichnete die Form als eine Kopf-steuer, die, aus allgemeinen Mitteln aufgebracht, einen Zwang auch für diejenigen bedeute, die keine Neigung haben, an solchen Veranstaltungen beteiligt zu sein. Wenn das Be-dürfnis zu einem Hochzeitsgeschenk für den Kronprinzen vor-handen sei, so mögen diejenigen, die es für nötig halten, die Gelder dafür unter sich auf-bringen — öffentliche Mittel seien nicht dazu da, um Geschenke an fürstliche Personen zu deren Familienfeiern zu bezahlen.

Mit lebhaften Ausdrücken des Bedauerns wendet sich der sozialdemokratische Redner nochmals gegen die Beratung in geheimer Sitzung indem er darauf hinweist, wie notwendig es sei, daß der Kronprinz die unverfälschte Meinung aller Gruppen der Stadtverordneten-Versammlung höre und sich ein richtiges Urteil über die Aufnahme des Magistrats-vorschlages bilden könne. Für die sozialdemokratische Partei komme aber noch ein Moment in Frage, welches den Wunsch nach öffentlicher Verhandlung doppelt rechtfertige, weil es sich um die persönliche Haltung des Kronprinzen gegen die Partei handle und es dem Redner eigentlich widerstrebe darüber nicht in voller Deffentlichkeit sprechen zu können.

Wenn es sich um ein Geschenk der Berliner Bevölkerung an den Kronprinzen handle, so müsse darauf hingewiesen werden, daß der Kronprinz den größten Teil der Berliner Einwohnerschaft, die stärkste politische Partei Berlins, die Sozialdemokraten, in einem an die Stadt des t. SchL. gerichteten Schreiben als „Clende“ bezeichnet hat, ein Ver-halten, das selbstverständlich von sozialdemokratischen Stadt-verordneten bei ihrer Haltung gegenüber solchen Vorlagen voll gewürdigt werden muß.

Gegen diese Ausführungen wandten sich der Ober-bürgermeister und der Stadtverordnete Cassel, in-dem sie mit ihrer monarchischen Ueberzeugung die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines Guldigungsgeschenktes für den Kron-prinzen begründeten.

Die Verhandlung endete mit der Annahme der Magistratsvorlage, gegen welche neben einigen Freisinnigen nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten, während eine Anzahl liberaler Mitglieder — ob wegen der Abstimmung oder wegen vorgerückter Zeit ist unbekannt — den Saal schon vorher verlassen hatten.

Das Wort vom geistigen Niedergang der Bourgeoisie nehmen wir nicht gern in den Mund, weil das vielleicht das Kind mit dem Bade ausschütten hieße. Um zehn Berichter wissen soll die Stadt nicht leiden. Aber man muß wirklich an der Zurechnungs-fähigkeit eines Teiles unserer Gegner zweifeln, wenn man sieht, wie sie den Kampf für die höchsten Güter der Nation führen. Am Freitag voriger Woche veröffentlichten wir zu Ehren des Parteitages eine kleine Plauderei, worin wir einmal die Tatsachen auf den Kopf stellten und unter anderem mit parteigenössischen Statistenden bei Dressel renommierten. Willkürlich und wahrhaftig stolpern auch darüber etliche Sozialisten. Nach den Leipziger Neuesten Nachrichten hat es die Redaktion des „Vorwärts“ in „barbeißige Laune“ verkehrt, daß eine Anzahl von Berliner Genossen in dem Berliner Schlemmerlokal Dressel verkehrt. Und die „Frankfurter Oder-Zeitung“ schreibt gar:

Das kleine Seitenbild, das uns hier aus dem Leben der sozialdemokratischen Parteiführer entrollt wird, muß die „unteren Dreimillionen“ sollten wir meinen, doch etwas stutzig machen. Für die Statistenden bei Dressel sind die „Arbeitergroschen“ jeden-falls nicht bestimmt gewesen.

Eine solche Aufnahme der Plauderei erfüllt uns mit Wehmut. Ein grenzenloses Mitleid mit dieser Sorte Gegner wandelt uns an. Denn mit zwei gleich entsetzlichen Möglichkeiten ist da nur zu

rechnen; entweder marrieren diese Menschen nur Dummheit oder sie tragen wirklich ein Brett vor dem Kopf. In beiden Fällen bleibt nur die Resignation des alten Brigen in der Schlacht bei Jorndorf: Mit solchem Geindel muß man sich herum-schlagen!

Ein Irrtum. Zum Fall Haffe schreibt die „Dreslauer Zeitung“: „Was die peinliche Sache selber betrifft, so dürfte seit geraumer Zeit in Deutschland keine Strafverfolgung mehr wegen Vergehens gegen § 175 eingeleitet worden sein. Erfindlich herrscht in dieser Beziehung ein stillschweigendes Uebereinkommen, das um so bemerkenswerter ist, je sicherer es ist, daß die Polizei die Personen genau kennt, die in die Schlingen jenes Paragraphen geraten müßten, wenn gegen sie vorgegangen würde.“

Es ist richtig, daß der § 175 nur selten angewandt wird. Wenn die Polizei alle ihr bekannten Päderasten der Staatsanwaltschaft überantworten wollte, so würde das einen Standplatz geben wie Deutschland ihn noch nicht erlebt hat; und die Gefängnisse würden sich mit der feinsten Blüte der Kristallkalle füllen. Immerhin ist die „Dreslauer Zeitung“ im Irrtum, wenn sie schreibt, daß seit geraumer Zeit überhaupt keine Strafverfolgung wegen Vergehens gegen § 175 eingeleitet sei. Nach der amtlichen Kriminalstatistik sind im Jahre 1903: 286, im Jahre 1902: 278 Personen wegen Vergehens gegen den erwähnten Paragraphen verurteilt worden.

Zum Fall Haffe erzählt die „Schlesische Zeitung“ noch folgendes: „Die Schuldverlast des Direktors Haffe ist sehr hoch, doch ist der Betrag noch nicht festgestellt. Der vorgesehnten Behörde war es nicht bekannt, daß seine Verhältnisse zerrütet waren; sie konnte sein eingezogenes, solides Leben und war deshalb zu der Annahme berechtigt, daß er, wenn auch nicht in glänzigen, so doch in geordneten Verhältnissen lebe. Eine Beschlagnahme des Gehalts ist nicht erfolgt. Eine formelle Suspension vom Amte brauchte nicht erst zu erfolgen, denn die vorläufige Dienstenthebung Haffes ist bereits kraft des Disziplinargesetzes eingetreten, da Haffe in einem Straf-verfahren verhaftet worden ist. Die Verhandlung gegen ihn wird jedenfalls in Berlin stattfinden, falls nicht die Prüfung seines Geisteszustandes ihn von der Verantwortung für seine Tat — den Schuß auf den Erpfeiler, eine andre Straftat liegt nicht vor — entlasten sollte.“ Ob das richtig ist, können wir nicht nachprüfen.

Ueber Wilhelm II. und Ludwig Pietsch, dem 80jährigen Jubilar, schreibt Maximilian Harden in der „Zukunft“: Der Kaiser telegraphierte ihm: „Herzliche Glückwünsche und Gottes reichsten Segen dem lichtvollen Historiographen und alten, treuen Kriegskameraden meines Vaters zu seinem achtzigsten Geburtstag. Möge der Himmel ihm einen gesegneten Lebensabend beschicken! Wilhelm II.“ Herr Pietsch hat als Berichterstatter den Krieg mitgemacht, aber nie nach Kriegserart gefochten. „Lichtvoller Historiograph“: Das erinnert ein bißchen an die „Reitende Artilleriekompanie“. Lichtvoll soll doch wohl die Pieschische Historie sein, nicht der Geschichtsschreiber. Als Kollegen der Dulle, Nante, Nonnisen, Freitische launen wir den alten Reporter aber überhaupt noch nicht. Das einzige historiographische Werk, das ich von ihm kenne, trägt den Titel: „Der Kaiserfeller, ein Gschichtsbuch“, und hebt mit dem folgenden Hymnus an: „Ein Gasthaus ohne Gleichen: dies viel mißbrauchte und oft sehr unbedachtig angewendete Wortort gebührt mit desto besserem Recht und Grund dem im Oktober 1899 in Berlin eröffneten derartigen Institut, das seitdem eine der größten, reich-besuchten Sehenswürdigkeiten der Reichshauptstadt bildet: dem Kaiser-Keller in der Friedrichstraße 178.“ So gehts auf siebenund-zwanzig kleinen Seiten weiter; auf der achtundzwanzigsten steht dann: „Man konnte mit ziemlicher Sicherheit voraussehen, daß es einem solchen Institut an starkem Besuch nicht fehlen konnte; aber der Erfolg geht doch weit über jede Erwartung hinaus! Aber auch die tadelloser bereiteten Speisen, die guten Weine und die mäßigen Preise tragen nicht wenig zu diesem Erfolg bei.“ Das ist der lichtvolle Historiograph.

Für die Berliner Stadt- und Ringbahn sollen dem Vernehmen nach, um den Wünschen nach Verklärung des Betriebs zu entsprechen, die Stadtringzüge verlängert und mit zwei bis drei Wagen mehr versehen werden. Das vorhandene Lokomotivmaterial, das 1. J. für Züge zu acht Wagen gebaut worden ist und gegenwärtig je zehn Wagen zu ziehen hat, ist jedoch nicht stark genug, den notwendigen Mehrbedarf an Lokomotiven zu leisten, und so hat die Eisenbahn-Direktion Berlin Veranlassung genommen, neue, schwere Lokomotiven in Auftrag zu geben. Die neuen Maschinen werden sofort nach ihrer Anlieferung in Betrieb genommen und zur Beförderung ver-längerter Züge Verwendung finden.

Die zweite Million der Einwohnerschaft Berlins ist nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes bereits am 18. De-zember überschritten worden. In diesem Tage hatte die Reichs-hauptstadt 2 000 374 Einwohner.

Einschränkung der Kinderarbeit. In einer Bekanntmachung des hiesigen Polizeipräsidiums wird nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem 1. Januar eine weitere Beschränkung der Kinderarbeit auf gewerblichem Gebiete eingetreten ist. Kinder dürfen an frühen Morgen zum Austragen von Badewerk, Milch und Zeitungen nicht mehr benutzt werden. Die Bekanntmachung lautet: „Die auf Grund des Reichsgesetzes, betreffend Kinderarbeit in ge-werblichen Betrieben, bisher für Berlin gestatteten Ausnahmen bezüglich des Austragens von Badewerk, Milch und Zeitungen in den Stunden von 6 1/2—8 Uhr vormittags waren nur für die Zeit bis zum 31. Dezember zugelassen und es treten mit dem 1. Januar d. J. die Bestimmungen des bezeichneten Gesetzes voll in Kraft. Es bleibt die Beschäftigung von Kindern zugelassen: an Wochentagen in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 8 abends an drei Stunden (in den Schulferien an vier Stunden) täglich, jedoch nicht vor dem Vormittagsunterricht und am Nachmittage erst eine Stunde nach beendeten Unterricht. Am Mittag ist den Kindern eine Pause von mindestens zwei Stunden zu gewähren. An Sonn- und Festtagen ist in der Zeit von 8 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags Beschäftigung der Kinder für die Dauer von zwei Stunden zulässig, jedoch nicht eine halbe Stunde vor Be-ginn des Hauptgottesdienstes und nicht während desselben.“

Ein Bund für Mutterschutz

Kindigt seine Gründung an. Der Bund will Heimstätten schaffen, in welchen alle gebunden und arbeitswilligen unehelichen Mütter willkommen sind, die den ernstlichen Wunsch haben, ihre Kinder zu gebunden und nützlichen Menschen selbst zu erziehen. Zunächst auf dem Lande oder in ländlichen Vororten der Städte sollen sie in gärtnerischer Bodenbearbeitung, in landwirtschaftlichen Neben-betrieben oder in gesundheitslich einwandfreier gewerblicher Tätigkeit wirtschaftliche Selbständigkeit gewinnen, unter gleich-zeitiger Fürsorge für eine zweckmäßige Pflege und Erziehung der Kinder, Gewährung von Rechtschutz und ärztlicher Hilfeleistung. Die Erfahrung hat, wie der Bund meint, gezeigt, daß ein derartiges Vorgehen auch den Wünschen vieler Väter entspricht und dazu be-trägt, deren Verhältnisse und Interesse für Mutter und Kind zu erhalten. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen sollen ein umfassender gesetz-licher Mutterschutz, eine allgemeine Niederknustversicherung und ähnliche Ziele in Angriff genommen werden.

Der Erwerb der Mitgliedschaft erfolgt durch formlose Anmeldung bei der Geschäftsstelle unter gleichzeitiger Ueberreichung eines — von jedem einzelnen nach seiner wirtschaftlichen Lage selbst zu be-stimmenden — Jahresbeitrages, dessen Quittung als Mitgliedskarte gilt. Um möglichst weiten Kreisen die Teilnahme zu ermöglichen, werden Beiträge bis zu 1 M. herab entgegengenommen. Doch listet der Bund alle besser situierten Freunde seiner Bestrebungen, diese durch Zuwendung reichlicher Mittel zu fördern. Im Hinblick auf die Kosten der ersten Propaganda sowie der ersten Einrichtung von

Mutterkolonien werden einmalige größere Beiträge mit besonderem Danke angenommen.

Ferner sind dem Bunde besonders willkommen Meldungen von Freunden der Sache, welche bereit sind, die (sich bereits meldenden) ledigen Mütter mit ihren Kindern aufzunehmen, sie event. in ihrem Wirtschaftsbetriebe zu beschäftigen oder ihnen sonst eine (sei es auch nur vorläufige) Unterkunft und Erziehung zu beschaffen, ferner dem Bunde geeignete Siedelungsterrains nachzuweisen, Arbeits-gelegenheit zu vermitteln usw.

Der Aufruf des Bundes trägt die Unterschrift vieler im öffent-lichen Leben stehender Personen. Es haben unterzeichnet u. a.: Dr. med. Blaschko-Berlin, Hilf Braun-Berlin, Dr. Conrad-Rüchsen, Hedwig Dohn-Berlin, Henriette Fürth-Frankfurt a. M., Professor Dr. v. Klotz-Charlottenburg, Reichstags-Abgeordneter Müller-Reinigen, Dr. Kammann-Berlin, Dr. Franz Oppenheimer-Berlin, Gabriele Reuter-Berlin, Professor Sombart-Breslau und Dr. Bruno Wille-Friedrichshagen.

Eine neue Parkanlage mit Spielplatz wird im hohen Norden der Stadt zwischen der neuen und der alten Nazarethkirche entstehen, dort befindet sich an der Schul- und Nazarethstraße ein der Stadt gehöriges Gelände, das zum Teil an einen Gärtner, zum Teil als Lagerplatz verpachtet ist. Dieses Gelände ist von einem alten Breiterbaum umgeben und dient in der Hauptsache zur Unter-bringung von Last- und Möbelwagen. Der Haus- und Grundbesitzer-verein des Wedding ist vor kurzem mit Rücksicht darauf, daß sich in der Gegend eine rege Bautätigkeit entwickelt hat, beim Magistrat dahin vorstellig geworden, daß der Platz, der die Gegend in hohem Maße verunziert, in eine Parkanlage verwandelt und dem vor der alten Nazarethkirche bereits bestehenden kleinen Parke angegliedert wird. Auf diese Eingabe ist jetzt der Beschluß eingegangen, daß in den Etatsentwurf für 1905 Mittel für die Anlage eines solchen Parkes mit Spielplatz eingestellt worden sind.

Immer noch die „Verolina“. Einen särmischen Verlauf nahm die gestrige letzte Versammlung des Schutzvereins der Vericherten der Krankenliste „Verolina“. Gleich zu Beginn der Sitzung ent-deckte man unter den Versammlungsteilnehmern einen Kasserer der „Verolina“, der sofort unter großem Tumult an die Luft gesetzt wurde. Die bisherigen Leiter der Bewegung gegen die verachtete „Verolina“, Blant und Komoll, anfertigten in ihren Referaten die Absicht, den Kampf gegen die Kasse einzustellen, weil die not-wendigen Geldmittel fehlten. Damit waren aber die Vericherten nicht einverstanden; sie veranstalteten sofort eine Sammlung, die genügend Mittel ergab, um die Kosten eines Rechtsstreits mit den Liquidatoren der Kasse zu decken. Die bisherigen Vorstands-mitglieder des Schutzvereins wurden wiedergewählt. Schwere An-griffe gegen die Liquidatoren richtete unter anderem Herr Karisch, der die Frage aufwarf, wo denn die Gelder geblieben seien, die nach der Freigabe der Pensionen bei der „Verolina“ eingingen; die Kronkassensforderungen der Mitglieder seien damit nicht erfüllt worden. Vom Referenten wurde bekannt gegeben, daß gegen die „Verolina“ bereits wieder das Konkursverfahren eröffnet sei auf Veranlassung eines Überbrudererbesitzeres W., der hohe Forderungen an die Kasse habe. Ein früheres Konkursverfahren ist bekanntlich durch einen Vergleich eingestellt worden.

Ein Irrenhause im Juchthaus. Die Revision des Holschmülers R a g e, der Ende Oktober vorigen Jahres in dem großen Holsch-müngerprozeß vom hiesigen Schwurgericht zu insgesamt sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde gestern vom Reichsgericht in Leipzig als unbegründet verworfen. Nach war in der Ver-handlung von der Mehrzahl der geladenen medizinischen Sach-verständigen für geisteskrank erklärt worden.

Loischlag auf der Straße. In der Nacht zu gestern wurde der 43 Jahre alte Bodemeister Timm aus der Linienstr. 133 im Streit erschlagen. Er hatte vorgestern abend mit dem Kantienwirt Wilde, der bei der reitenden Abteilung des I. Garde-Feldartillerie-Regiments in der Kruppstraße die Wirtschaft führt, eine Bierreise gemacht. Die beiden Männer besuchten sechs Wirtschaften, zuletzt ein Nachtlokal in der Jägerstraße. Hier brachte sie die Vierbandpolitik in Witz. Als sie um 1/2 Uhr das Lokal verließen, stritten sie sich auf der Straße weiter. Als Timm vor dem Hause Jägerstr. 11 dem Wilde einen Stoß unter das Kinn versetzen wollte, nahm dieser seinen Spazierstock und gab ihm einen wuchtigen Hieb über den Kopf. Der Geschlagene brach zusammen. In fünf Minuten sammelten sich etwa hundert Menschen, die über Wilde her-fallen wollten, während ein Schutzmann den Schwerverletzten nach der Unfallstation und von dort nach der Charité brachte. Bei der Ankunft im Krankenhaus war Timm schon tot. Wilde schlugen vier Beamte vor der Wut der Menge und brachten ihn nach der Wache des St. Mediers, von wo er der Kriminalpolizei zugeführt wurde. Der Erschlagene war verheiratet und Familienvater, ebenso ist der Täter verheiratet. — Der Polizeibericht bezeichnet den erschlagenen Gustav Timm als Musiker und sagt, dieser habe sich als Kriminalkommissar ausgegeben.

Durch einen Schuß in das Herz tötete sich gestern abend das 19 Jahre alte Dienstmädchen Anna Hüßing aus Hamm, das bei dem Reiner Ved in der Blumenstr. 20 in Stellung war. Das Mädchen, die Tochter eines Bademeisters, lernte in der Heimat einen Tapozierer aus Berlin kennen und verliebte sich in ihn. Das Ver-hältnis hatte Folgen. Um diese den Eltern zu verbergen, ging das Mädchen heimlich nach Berlin, wohin der Geliebte ihm folgte. Hier gebar sie einen Knaben, der nach kurzer Zeit starb. Ihr Geliebter wandte sich von ihr ab und beantwortete keinen ihrer Briefe mehr. Aus Verzweiflung darüber schoß sich das Mädchen gestern abend, während die Dienstherrschaft in der Markthalle einlunte, eine Re-volverkugel in das Herz. Als die Herrschaft zuruckkehrte, lag das Mädchen entseelt in der Badewanne.

Der „Kuge Hans“ wurde gestern wieder in der psychologischen Gesellschaft erörtert. Dr. Albert R o I I, der bereits im Oktober in derselben Gesellschaft die Leistungen des „Kuge Hans“ kritisch ge-würdigt und damals der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hatte, daß das Tier nicht selbständig denke, sondern nur auf gewisse äußere Reize reagiere, hob mit Genugtuung hervor, daß Professor Stumpf in seiner letzten Erklärung vom Dezember zu dieser Meinung sich bekannt habe. In dem Gutachten der Septemberkommission, das Professor Stumpf mit unterschrieben habe, wurde ausdrücklich be-tonet, daß sowohl abschließliche wie unabschließliche Zeichen bekannter Art ausgeschlossen waren. Bei der zweiten, der wissenschaftlichen Untersuchung habe nun Herr Pfungst festgestellt, daß einzelne Reizen einzelnen Leistungen entsprachen. Wichtig sei es, daß diese Reize oft unbedeutend kamen. Uebrigens hätte schon die erste (die September-)Kommission auf solche unabschließliche Zeichen gefahndet. Wenn sie sich trotzdem so schwer getäuscht habe, so liege es wesentlich daran, daß der Leiter der Kommission mit dem so- genannten Gedankenlesen, das richtiger ein Mischlesen sei, nicht genügend Beschäftigung wachte. Man habe außer acht gelassen, daß das „Gedankenlesen“ auch ohne unmittelbare Verührung zustande komme, während Gedanken würden oft durch unbedeutend und unabschließliche Zeichen verraten, die durch Auge und Ohr erkannt würden. Dr. R o I I be-schäftigt sich dann eingehend mit den Widersprüchen, die sich in den beiden Gutachten finden. Im Gegensatz zu Professor Stumpf nimmt er an, daß Herr v. Osten das Pferd auf seine Leistungen dressiert habe. Herr v. Osten habe selbst zugegeben, daß er methodisch das Pferd vor dem „Vollschulunterricht“ im Stumpfen unterworfen habe. Es könne ja möglich sein, daß Herr v. Osten es ganz unabsichtlich und unbedeutend zu seinen jetzigen Leistungen dressiert habe. In diesem Falle sei Herr v. Osten ein weit größeres psychologisches Können als der „Kuge Hans“ in der Zeit war, wo er im Zenit seines Ruhmes und Glanzes stand und seiner Aufnahme ins Gymnasium kann noch ernste Bedenken entgegenzusetzen schienen. Zu der darauf folgenden sehr leb-

haben Erörterung erklärte der bekannte Affektlareifende Schilling, der viel mit dem „Klugen Hans“ experimentiert hat und früher für dessen Bildungsfähigkeit mit aller Entschiedenheit eingetreten war, er habe seit langen eingesehen, daß der „Klugen Hans“ auf Zeichen reagiere. Diese seien aber so fein, daß die meisten Beobachter es kaum merken. Herr Pfungst werde demnächst in einem Werk darüber ausführlich berichten. Bemerkenswert sei es, daß sogar, wenn die Aufgabensteller nur eine Zahl dächten, ohne sie auszusprechen, der Kluge Hans oft diese gedachte Zahl richtig „gestampft“ habe. Jedenfalls bedürfte es einer eingehenden Untersuchung, festzustellen, wie es komme, daß das Pferd so seine Bewegungen wahrnehme, von denen geübte Beobachter nichts merken.

Der Kassierer Herr Franz Wiende, Nixdorf, Friedelstr. 61, ersucht uns, mitzuteilen, daß er mit dem wegen Veruntreuungen verfolgten Kassierer gleichen Namens nicht identisch ist.

Zur Frage der Erhöhung des Droshkentarifs teilt der Polizeipräsident mit: Eine allgemeine Erhöhung des Droshkentarifs, welche von der hiesigen Personen-Lohnführervereinigung vorgeschlagen ist, wird vom Polizeipräsidenten nicht beabsichtigt, sondern es ist nur die Erhöhung der Grundtage von 60 auf 80 Pf. für elektrisch betriebene Motor-Droshken in vorläufige Erwägung gezogen.

Feuerbericht. Ueber ein Dutzend Brände beschäftigten die Wehr in den letzten 24 Stunden. Gegen Mitternacht wurde sie nach der Dittenstr. 44 gerufen, wo Kleidungsstücke, Decken und allerlei Hausrat in einer Wohnung in Flammen standen. Der 16. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — In der Rheinsbergerstr. 27 war dann die Verpachtung eines Gasmessers in Brand geraten, während in der Säbenerstr. 2 Betten in einer Schlafstube Feuer gefangen hatten. Auch in diesen beiden Fällen konnte die Ablöschung bald erfolgen. — Längere Zeit gab es in der Ebelingstr. 7 zu tun. Dort brannte der Fußboden und die Balkenlage. — In größerer Stärke wurde die Wehr gegen Abend nach der Gitschinerstr. 107 gerufen. Die Löschzüge konnten aber sofort bis auf einen wieder umkehren, da es sich nur um einen kleinen Wabestubenbrand handelte. — Ein verspäteter Weihnachtsbaumbrand entstand bald darauf in der Fennstr. 61, konnte aber vom 16. Zuge mit Leichtigkeit unterdrückt werden. — Auch die übrigen Feuer, die dann noch in der Lübeckerstr., Wilsstr. usw. ausbrachen, nahmen die Wehr nur kurze Zeit in Anspruch.

Die Ortsgruppe Berlin des deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes veranstaltet am Sonntag, den 7. Januar, im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses ihr diesjähriges Winterfest. Eine Auswahl vorzüglicher Rezitationen der rühmlichst bekannten Regitatorin Fel. Maria Dolgers, gesungene und musikalische Darbietungen unter Leitung der besten künstlerischen Kräfte bürden für einen genussreichen Abend. Im Anschluß hieran findet Tanz statt. Die Festrede hält Genosse Simon Kagenstein. Entree 40 Pf. Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.

Die Verwaltung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt veranstaltet in den Monaten Januar bis März 1906 populäre Vorträge aus dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt. Die Vorträge finden in dem Hörsaal der Ausstellung, Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, an den Dienstagen und Donnerstagen, abends 8 1/2 Uhr, statt. Der Besuch steht jedermann unentgeltlich frei. Es werden in diesem Monat sprechen: Herr Regierungsrat Dr. Klein, ständiges Mitglied des Reich-Verordnungsamtes, über die Wirkungen der Arbeiterversicherung im Lichte der Statistik am Dienstag, den 10. Januar; Herr Dr. Kasperling über Bekämpfung der Tuberkulose am Donnerstag, den 12. Januar; Herr Professor Dr. H. Rosin über Ernährung und Nahrungsmittel am Dienstag, den 17., 24. und 31. Januar; Herr Regierungs- und Geheimrat Medizinalrat Dr. Roth über einige der hauptsächlichsten Schädlichkeiten in gewerblichen Betrieben, Schutzapparate des menschlichen Körpers und Schutzmaßnahmen am Donnerstag, den 19. und 26. Januar und 2. Februar.

Das Winterquartal der Volkshochschule Humboldt-Akademie wird am Montag, den 9. Januar, und den folgenden Abenden, teilweise auch in Vor- und Nachmittagsstunden, in den Lehrstätten Georgenstraße 30/31, Lützowstr. 84d, Architektenhaus und in den königlichen Museen eröffnet. Es handelt sich im ganzen um den Beginn von 116 Vortragszyklen und Unterrichtskursen, von denen die meisten den ersten Vortrag für Herren und Damen frei zulassen. Alles Nähere über Inhalt, Ort, Zeit und Bedingungen der Zyklen und Kurse enthalten die ausführlichen Lehrprogramme (42 Seiten stark), die in bekannten Buchhandlungen und in den Bureaus der Akademie, unter den Linden 47, Potsdamerstr. 116a, Prinzenstr. 54, Landsbergerstr. 22, erhältlich sind. Hier finden auch die Einschreibungen und die Aufnahmen in den wissenschaftlichen Zentralverein statt.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins, der in der letzten Zeit so heftige Anfeindungen erfahren hat, wird, wie wir erfahren, morgen, Sonntag, um 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung abhalten. Die Tagesordnung lautet: „Christliche Jünglingsvereine oder freie Vereine jugendlicher Arbeiter“. Referent: Rechtsanwalt Dr. Broß.

Theater. Im Apollo-Theater ist gestern Paul Lindes Operette „Der kleine Ruff“ zum hundertsten Male gegeben worden. Bei dieser Festvorstellung fehlte es nicht an den üblichen Kundgebungen, und sowohl der Komponist als auch der Textdichter Benno Jacobson wurden neben den Darstellern durch immense Kranz- und Blumenspenden geehrt. Fünfzig jugendliche Strahlenfeger waren übrigens von der Direktion zu Gast gebeten worden, um sich an ihren Kollegen, die massenhaft in dem Stück auftraten, zu erfreuen. — Der Bau der „Komischen Oper“ an der Weidendammer Brücke ist nunmehr in Angriff genommen. Wie mitgeteilt, wurden die Ausschachtungsarbeiten durch die noch vorhandenen Grundmauern früherer Bauwerke und das an dieser Stelle stark auftretende Grundwasser

sehr in die Länge gezogen. Wenn auch dieses noch nicht vollständig beseitigt ist, so konnte doch bereits an der südlichen Seite mit dem Bau der neuen Grundmauern begonnen werden. — Im National-Theater ist Freitag, 13. Januar, die Premiere von Saint-Saëns „Jauberglöde“. — Im Belle-Alliance-Theater geht am heutigen Sonnabend mit Josephine Dora als Gast „Lumpaciwagabundus“ in Szene. Die Künstlerin spielt hier zum erstenmal den Schuster Antierem. In der Aufführung wirken Bozema Braddy und Helene Brahm mit. Den Lumpaci spielt Heinz Gordon, den Leim Felix Müller, den Zwirn Fritz Schlotthauer. — Im Thalia-Theater geht heute, Sonnabend, nachmittag „Max und Moritz“ in Szene; abends: „Der große Stern“ mit allen ersten Kräften der Bühne. — Raoul Kuernheimer, der Dichter des in Wien, Dresden, Hamburg und an anderen großen Bühnen bereits erfolgreich aufgeführten Lustspiels „Die große Leidenschaft“ ist hier eingetroffen, um den letzten Proben beizuwohnen. Die Uraufführung am Deutschen Theater findet Mittwoch, den 11. cr., statt. Gleichzeitig mit dem Lustspiel geht das Stimmungsstück des portugiesischen Dichters Dantas „Das Nachtmahl der Kardinal“ in Szene. — Im Schiller-Theater O (Wallner-Theater) geht am Sonntag nachmittag „Don Carlos“ mit Georg Pasche in der Titelrolle in Szene. — Das Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) bringt in der Sonntag-Nachmittagsvorstellung „Die Stützen der Gesellschaft“ von Henrik Ibsen in der ursprünglichen Fassung. — Im Metropol-Theater werden die Aufführungen der „Herren von Razim“ heute Sonnabend des großen Metropol-Theater-Balles wegen für einen Abend unterbrochen. Die Sonntagsvorstellung morgen beginnt nicht um 8 Uhr, sondern bereits um 7 1/2 Uhr.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg.

Phantasten eines Volksschullehrers. Im Grundbesitzerverein, dem der Gemeindevorstand jederzeit seine Reverenz erweist und dessen Verlangen, die Grundsteuer erst im zweiten Monat des Quartals erheben zu lassen, sofort erfüllt wurde, trat jüngst Herr Volksschullehrer Glöden als Vorkämpfer der Errichtung eines Gymnasiums an unserem Orte auf. Daß er den Grundbesitzern diesen Vorschlag schmackhaft zu machen verfuhr durch die Erzählung, daß ein Gymnasium den Mietern zahlreiche Gelegenheiten geben wird, Pensionäre zu halten, und damit auch den Hausbesitzern die bessere Ausnutzung ihrer Häuser gewährleistet, mag als Ausfluß seiner geschäftlichen Blindheit hingenommen werden. Wenn der Herr Lehrer sich aber zu der Behauptung versteigt, daß die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, im Gegensatz zu den Arbeitern, die Schullasten allein aufbringen, und Sozialdemokraten und Fortschrittler „Gegner höherer Schulen“ sind, so muß er sich gefallen lassen, daß man hieraus auf seine politischen und wirtschaftlichen Kenntnisse Schlüsse zieht, die für ihn keineswegs schmeichelhaft sind. Vielleicht läßt sich Herr Glöden aber in seinen Kollegentreifen über konservativ-kerikale Schul- und Lehrerverbindlichkeit gelegentlich aufklären.

Schöneberg.

Die Wählerlisten zum Kaufmannsgericht werden heute, Sonnabend nachmittag 3 Uhr geschlossen. Die Listen liegen bis dahin im Rathaus aus. Handlungsgeschäften, die ihre Eintragung nicht bewirkt haben, gehen ihres Wahlrechts verlustig.

Spandau.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des Stadtverordneten-Vorsichters Schröder, seines Stellvertreters Lüdecke und des zweiten Schriftführers Gannemann und die Neuwahl des Herrn Kämpf als ersten Schriftführer. An Stelle des konservativen Lüdecke wurde von liberaler Seite der Führer der hiesigen Liberalen, Stadtv. Jenne vorgeschlagen, mit dem Erfolg jedoch, daß außer neun Sozialdemokraten ganze vier bürgerliche Stadtverordnete für Jenne stimmten. Soweit hat der Liberalismus, der noch vor einem Jahrzehnt hier dominierte, bereits abgewirkt. Nach der Vorstandswahl vollzog der Oberbürgermeister Köpke die Einführung und Vereidigung der neu- beziehungsweise wiedergewählten unbeforderten Stadträte Reinecke, Herfies, Zimmermann und Müller. Herr Köpke ermunterte die neuen Kollegen, ihre Meinung im Kollegium stets kräftig und ungeschminkt zum Ausdruck zu bringen. Hoffentlich läßt der neugeborene Stadtrat Reinecke diese Aufforderung nicht falsch an, und greift zu dem Mittel, das er einmal für einen unserer Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung empfahl, nämlich zu einem eigenen Knäuel! — Alsdann beantragte Stadtv. Rieger (Soz.) den Punkt: „Gewilligung von 1000 M. für ein Hochzeitsgeschenk an den Kronprinzen“ nicht geheim, sondern öffentlich zu verhandeln. Stadtverordnete, welche eine solche Verwendung von städtischen Geldern anregen und gutheißen, sollten doch wenigstens den Mut haben, ihren Standpunkt in aller Öffentlichkeit zu vertreten. Für diesen Antrag stimmten nur unsere Genossen und, als weißer Haie, der Stadtverordnete Grunow. Die Liberalen behandelten wieder einmal ihre Auffassung vom Liberalismus, indem sie sitzen blieben und diesen Antrag so zu Fall brachten. — In der geheimen Sitzung wurde die Vorlage selbst nach etwa halbstündiger lebhafter Debatte natürlich angenom men.

Einige Ausschusssitzungen, welche die Versammlung weiter vornahm, brachte unseren Genossen u. a. noch einen zweiten Sitz im Staatsausfluß.

Die Beratung des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht ergab eine Verschlechterung des bemerkenswert fortschrittlich gehaltenen Kommissions-Entwurfes in zwei wesentlichen Punkten. So wurde die Bestimmung bezüglich der Sonntagswahl leider wieder ausgemerzt und ebenso

das System der streng gebundenen Offten durch das „Lodere Listensystem“ ersetzt. Vergebens bemühten sich unsere Genossen Rieger und Piez die Mehrheit von dieser Rückwärtsentwicklung abzuhalten. Bemerkenswert ist eine Neuherung des Oberbürgermeisters, der ausführte, „es zeuge jedenfalls nicht von großer Begeisterung der Behörde für das Kaufmannsgericht, daß eine Gehältsverammlung, die sich mit der Frage der Kaufmannsgerichte beschäftigte, von ganzen neun Personen besucht war.“ Diese unbeeinträchtigte Meinung an die Gehälts, sich um ihre Interessen etwas reger zu betätigen, sollte nicht auf unfruchtbaren Boden fallen.

Weißensee.

„Weißensee-Berlin“ ist die postalische Bezeichnung für unseren Ort nach der Zusammenlegung von Weißensee und Neu-Weißensee. Nach der neuesten Zählung hat der Ort 36 563 Einwohner, davon entfielen auf den alten Ortsteil 3145 Einwohner. Der Flächeninhalt von Neu-Weißensee betrug 41 234,80 Hektar, von Weißensee 42 507,90 Hektar. Somit hat Weißensee-Berlin jetzt einen Flächeninhalt von 83 742,70 Hektar.

Ein falscher Amtsvorsteher macht die östlichen Vororte von Berlin unsicher. Er stellt sich den Grundbesitzern als Amtsvorsteher von Nieke mit der Erklärung vor, daß er vermöge seiner guten Beziehungen zu dem Landrat viel für sie tun könne, wenn sie dem Grundbesitzerverein für Neu-Nieke, der Nieke und Niekehof beitreten würden. Die der Vorstand des genannten Vereins mitteilt, hat man es hier entweder mit einem Schwindler oder einem Geisteskranken zu tun, dem es entweder auf die Eintrittsgelder ankommt oder der an Größenwahn leidet. Deshalb wird gebeten, falls der Unbekannte sich wieder einstellen sollte, seine Person festsetzen zu wollen.

Vermischtes.

Ueber Ausschreitungen auf dem Panzerkreuzer „Prinz Heinrich“ bringt der „Holt. Courier“ folgende Darstellung: Auf dem Panzerkreuzer „Prinz Heinrich“ wurden in letzter Zeit von Seiten der Besatzung Schläuche und Kutterläufer durchschnitten sowie Mündungsschoner der Geschütze böswillig entfernt. Am Neujahrsmorgen wurde sogar die überaus gefährliche Entscheidung gemacht, daß an Stelle der Kriegsschiffe ein Kohlenrad am Flaggenmast gehißt war. Wie es heißt, soll ein Teil der Besatzung mit dem ersten Offizier, Korvettenkapitän Krüger, aus nicht bekannter Ursache unzufrieden sein und man führt hierauf die Vorkommnisse zurück. Die sofort angestellte Untersuchung nach den Tätern ist bisher erfolglos geblieben.

Die sibirische Pest (der Ritzbrand) in Wlaska nimmt ab. In der Zeit vom 28. Dezember bis 3. Januar sind 47 Fälle vorgekommen, das sind 89 weniger als in der Vorwoche. Die Seulenpest (d. i. echte Pest) im Uralgebiete hat ebenfalls abgenommen. Während bis zum 27. Dezember täglich 50 Personen erkrankten, belief sich vom 27. Dezember bis zum 2. Januar die Gesamtzahl der Erkrankungen auf 89 und der Todesfälle auf 97.

Einem harten Freiheitsdrang besitz der berühmte Einbrocher Vertram, der jahrelang mit seinen Spiegelfischen die Hauptstädte Westdeutschlands untsicher machte. Er ist jetzt zur Verbüßung einer langjährigen Zuchthausstrafe nach Werden geschafft worden. Nachdem er 19 Ausbruchversuche gemacht hatte, wurde er später in Ketten gelegt und angeschmiebelt. Aber auch diese Fesseln zerriß er wie Windfäden. Schließlich zwangte man Vertram in eine mit starken Eisengittern versehene Lade, die er gleichfalls zertrümmerte. Die aus der Schwere gerichtsverhandlung hervorging, konnte Vertram in Köln nur ge bündigt werden, daß man einmal seine Zelle dezant mit Waffe füllte, daß ihm das Wasser zum Munde reichte.

Ein Mordmord in der Irrenanstalt. Wegen Mordmorde wurde gestern ein in der Landesirrenanstalt zu Neu-Nippin beschäftigtes Dienstmädchen verhaftet. Es hatte zwischen Weihnachten und Neujahr einem Knaben das Leben gegeben, den es sofort nach der Geburt durch Einschlagen des Schädels tötete, worauf es die Leiche vorläufig in ihrem Spind versteckte. Am Abend bergab sie die Leiche in einem Ader in der Nähe des Treslover Sees. Die Sache war jedoch rasch gemeldet, und es wurden seitens der Polizei Nachgrabungen angestellt, wobei der Leichnam zutage gefördert wurde. Die unnatürliche Mutter hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Selbstmordversuch im Eisenbahnwagen. In einem Abteil des Rachtzettelzuges Berlin-München wurde heute früh auf der Station Lichtenfels eine anscheinend den wohlhabenderen Kreisen angehörige, junge Dame mit durchschnittenen Pulsadern aufgefunden. Die Schwerverletzte wurde sofort nach dem Krankenhaus in Bamberg geschafft. Nach Briefen, die bei der Dame aufgefunden wurden, handelt es sich um eine gewisse Karoline Siegel aus Schloß Grundschütz in Schlesien.

Räuber zurückgelassen. Mehrere Bergfahrer, die dieser Tage eine Besteigung der Zugspitze unternahmen, lernten auf der Eisenbahnfahrt nach Garmisch drei Damen kennen: im Laufe des Gesprächs boten die Herren sich ihnen als Führer auf die Zugspitze an. Der Aufstieg wurde denn auch bei vollständig ungenügender Ausrüstung und mit sehr wenig Mundvorrat unternommen. Die Gesellschaft gelangte bis zur Amorbüchse, wo die Herren, nach den „M. R. R.“ ihre Begleiterinnen zurückließen und den Aufstieg auf die Zugspitze fortsetzten. Drei Tage und vier Nächte warteten die Damen vergebens auf Hilfe und schlepten sich dann mit vollständig erschöpfter Gliedern und vom Hunger gepeinigt zu Tal. Der Abstieg gestaltete sich zudem äußerst gefährlich. Vom Reintalerhof aus mußten sie nach München gebracht werden. Die Räfte betrug um diese Zeit 30 Grad. — Die Garmischer Bevölkerung ist ob dieser Niedertracht der drei Kavaliers empört.

H. Esders & Dyckhoff

Leipziger Strasse 50a am Dönhoffplatz. **Oranien-Strasse 48 Ecke Luckauer-Strasse.**

Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

25%

Inventur-Ausverkauf.

Ermässigung auf Restbestände sämtlicher Abteilungen bis 15. Januar.

DAMEN-KONFEKTION

Fertige Herren- u. Knaben-Garderobe.

Unterzeuge, Handschuhe, Strickwesten, Socken etc., Schuhe, Hüte, Pelzsachen für Herren u. Damen usw.